von Manfred Unger

JUDEN IN LEIPZIG

Im Abstand von einem halben Jahrhundert erweist sich der Standort des Novemberpogroms nicht nur als ein Einschnitt in der Judenverfolgung, sondern mehr noch als eine Station in der Vorbereitung des Krieges. Zur Halbzeit des faschistischen Regimes gelegen, sollten die Schrecken jener Tage den als Juden verfolgten Menschen die Lebensgrundlagen rauben, sie vertreiben, ihnen und darüber hinaus allen zeigen, wie leicht es den Machthabern fallen würde, viele Tausende und künftig ganze Völker zugrunde zu richten. So ist der Pogrom hauptsächlich als eine »Vorübung für Kommendes« zu sehen. [1]

Am 9./10. November 1938, in den Jahren davor und erst recht bis zum Ende des Krieges haben die Ereignisse in Leipzig eine weit über die Stadt hinausreichende Bedeutung. Hier gab es eine Großgemeinde von Bürgern jüdischer Konfession, die im Maßstab des Deutschen Reiches – in einer Reihe mit Städten wie Berlin, Hamburg und Frankfurt/Main – den sechsten Platz einnahm. Im Sommer 1933 zählte die Israelitische Religionsgemeinde 11500 Mitglieder. Aufgrund der »Nürnberger Gesetze« lag die Zahl der rassisch Verfolgten viel höher. Sie ist zumindest auf das Doppelte, sicher auf mehr als 20000 Menschen zu schätzen. Während es bis Kriegsbeginn ungefähr 7000 von ihnen gelang, in Länder zu flüchten, in denen sie sich dem Zugriff ihrer Verfolger dauerhaft zu entziehen vermochten, wurden etwa 14000 Opfer des Massenmordes.

In den Jahren der faschistischen Herrschaft büßte Leipzig insgesamt 100000 seiner Bürger ein. Das waren die Toten an den Fronten und die Opfer der Bombennächte, aber auch Menschen, die – bis 1939 – die Stadt und das Land zu verlassen gezwungen waren, andere, die evakuiert wurden und wie die Kriegsgefangenen nicht gleich 1945 zurückkehren konnten. Die Opfer des antifaschistischen Widerstandskampfes, die vielen Kommunisten und aufrechten Bürger, die hingerichtet oder in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern umgekommen sind und die in den Todeslagern ermordeten jüdischen Mitbürger gehö-

ren dazu. In keiner Ära ihrer Geschichte erlitt die große Stadt so schwere Verluste wie damals.

Über Jahrhunderte hinweg ist die Geschichte der Juden ein Teil der Stadtgeschichte. Aber für mehr als 150 Jahre unterlag sie zugleich dem Spannungsfeld zwischen den humanen Ideen der deutschen Aufklärung, und – Auschwitz. Vom Stigma des Judensterns gezeichnet, in der Gesellschaft isoliert, dem Spießrutenlaufen des Alltags ausgesetzt, ist in den zwölf Jahren Ungeheuerliches mit diesen Menschen geschehen. Auch in Leipzig war es so, daß die anderen nicht zur Kenntnis nehmen wollten, was sich ereignete. Von den Herrschenden manipuliert, reichte das Verhalten der überwiegenden Mehrheit von kalter Gleichgültigkeit über hämische Intoleranz bis zu offenem Haß. Dennoch gab es einzelne Menschen, die das für sie gefährliche Wagnis eingingen, den Verfolgten ihr Mitgefühl und auch ihre tätige Hilfe zu erweisen.

Die Geschichte der Juden unter dem Hakenkreuz läßt sich nicht allein als ein Weg des Leidens darstellen. Vielmehr ist sie zugleich ein großes Kapitel des Ringens um menschliche Selbstbehauptung und erweist sich damit als Bestandteil antifaschistischen Widerstandes.

Die jüdische Gemeinde besaß eine alte, wenn auch nicht ungebrochene Tradition, die bis in das Mittelalter zurückreicht, und ohne deren Kenntnis sich die Lage beim Machtantritt der Nazis kaum einordnen läßt. Für die Zeit der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts berichtet eine hebräische Handschrift – das Responsenbuch des Or Sarua – von einem Waisenjungen, der nach Leipzig kam, um Schuldner seines Vaters, eines Kaufmanns, zu mahnen und sich deshalb in der Synagoge um Rat an die Gemeinde wandte [2]. Läßt das auf die Existenz einer jüdischen Kolonie schließen, wie sie auch für andere große Städte im Osten Deutschlands – beispielsweise für Rostock – bezeugt ist, so fallen dann allerdings weitere Nachrichten für ein ganzes Jahrhundert aus. Erst 1352 setzen sie wieder ein, als der Markgraf von Meißen einem seiner großen Feudalherrn das Grundstück mit der »Schule der Juden in Leipzig« überträgt. Gleich dieser überraschende Beleg reflektiert eine offenbar größere Wohnbevölkerung, ohne die eine Schule, die zugleich als Synagoge anzusehen ist, sich schwerlich vorstellen läßt. Das Haus gehörte aber nicht der Gemeinde – nicht einmal dem Rat der Stadt oder einem Bürger –, die Juden konnten es nur zur Miete nutzen. Übrigens gilt diese Schule als die nach der Thomasschule zweitälteste der Stadt, und sie bestand lange vor der Universitätsgründung von 1409. Schon 1359 wird eine Judengasse vor der Stadtmauer erwähnt, und 1364 kommen erstmals Namen jüdischer Einwohner, darunter der des Schulmeisters, vor. Damit zeichnet sich eine jüdische Vorstadt ab, die in der Gegend des heutigen Friedrich-Engels-Platzes gelegen hat. [3] Die Urkunden stammen aus den Jahren nach der europäischen Pestzeit von 1348/49 mit ihren schweren Pogromen. Vielleicht hat man anderswo vertriebene jüdische Kaufleute zum Vorteil der Messe in Leipzig aufgenommen und ihnen günstige Bedingungen eingeräumt. Möglicherweise hat die Gemeinde des 13. Jahrhunderts durchgängig bestanden. Aber Förderung und Verfolgung lösten in kurzer Zeit einander ab. So kam es 1411 und erneut 1430 zu Repressalien. Dagegen hat der Kurfürst 1425 an drei aufeinanderfolgenden Tagen Schutzurkunden ausgestellt und die jüdischen Bewohner des meißnisch-sächsischen Territoriums gegen entsprechende finanzielle Leistungen privilegiert. Wann und unter welchen Umständen die alte jüdische Gemeinde Leipzigs erloschen ist, läßt sich beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht sagen. Aber es ist damit zu rechnen, daß die in der Stadt wohnenden Juden schon in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts – den Jahren des steilen Aufstiegs der Messe und des Gemeinwesens – vertrieben wurden. Bekannt ist, daß 1536 die Austreibung aus dem benachbarten ernestinischen Territorium verfügt wurde und dasselbe 1542 in Prag geschah. Daß zu

dieser Zeit im albertinischen Sachsen nicht anders verfahren wurde, wird nicht nur am Antijudaismus der späten Reformation gelegen haben, wie die sächsische Landesordnung von 1556 zu erkennen gibt.

Selbst in der Ära August des Starken gab es Restriktionen, obgleich die Sächsisch-polnische Union eine Begünstigung wenigstens der aus Polen stammenden Juden bewirkt haben müßte. Aber 1708 hieß es, die von dort, aus Schlesien und Böhmen kommenden sollten bis auf Widerruf »gäntzlich aus unseren Landen bannisiert seyn«. Was nicht so ausgedrückt ist, aber zweifellos dahinter stand, ist der alte Unterschied zwischen den reichen Kaufleuten und den »Betteljuden«, und eigentlich waren nur letztere derart suspekt. Für solche Juden, auf deren Geld und Verbindungen der Hof in Dresden oft angewiesen war, bestanden immer Ausnahmen. Ein Beispiel dafür ist Gerd Levi, der 1710 aus Hamburg kam. Mit ihm beginnt die neuzeitliche Niederlassung der Juden in Leipzig. Das gilt auch noch für David Hirsch, der lange Buchhalter von Baruch Levi gewesen war, und nach dessen Tod 1785 privilegiert wurde. Die Entscheidung darüber lag ausschließlich beim Kurfürsten. Die Kaufmannschaft und mit ihr der Rat der Stadt verhielten sich abweisend gegen jede Ansässigkeit jüdischer Kaufleute, die als Konkurrenten angesehen wurden. Im Gegensatz dazu waren sie als Messebesucher, insbesondere als Träger des Osthandels, unentbehrlich. Das wußte der Hof auch für sich zu nutzen. Auf der Suche nach ergiebigen Geldquellen hat August der Starke 1727 für jüdische Messebesucher »Original-Cammer-Pässe« ausstellen lassen. Der Rat der Stadt mußte dann zu seinem Leidwesen ihren Inhabern gegenüber auf einen Teil der von ihm sonst erhobenen Abgaben verzichten. Reiche Kaufleute machten von der direkten Zahlung an die kurfürstliche Kasse regen Gebrauch, da ihnen das Vorzeigen des Passes viel Ungelegenheiten ersparte. Unabhängig von solchen Sonderregelungen gab es Behinderungen. Es war z. B. ein »Schutzgeld« zu entrichten, und es war jüdischen Kaufleuten verboten, in Gewölben, die zur Straße hin offen waren. ihre Waren anzubieten. Daß dieses Verbot oft genug unterlaufen wurde, lassen die Wiederholungen erkennen, bis es endlich 1815 fiel. [4]

Die mittelalterliche Judengasse diente als Messequartier. Als sie Ende des 17. Jahrhunderts abgerissen werden mußte, verlagerten sich die Herbergen der jüdischen Kaufleute an den Brühl. Da sie meist Rauchwarenhändler waren, wurde von daher der Straßenname zum Inbegriff des Leipziger Pelzhandelszentrums. Was Goethe in »Dichtung und Wahrheit« über seine Heimatstadt Frankfurt a. Main geschrieben hat: den »Zustand der Judenstadt, eigentlich die Judengasse genannt, weil sie kaum aus etwas mehr als einer einzigen Straße besteht, welche in früheren Zeiten zwischen Stadtmauer und Graben wie in einem Zwinger mochte eingeklemmt gewesen sein ...« – das gab es aber so in Leipzig über drei Jahrhunderte nicht mehr.[5] Zu den Messen muß allerdings der Brühl den Eindruck erweckt haben, die Leipziger Judenstadt zu sein. In seiner Beschreibung Leipzigs von 1799 nennt Leonhardi diese Gegend so. Schon Ende des 17. Jahrhunderts hieß das Peißkenische Haus am Brühl »die alte Judenherberge«, und im »Blauen Harnisch« befand sich seit den Jahren nach 1763 die Betstube der aus Brody – dem großen Umschlagplatz des Osthandels in Nordgalizien – stammenden Juden. Es war die erste, die in Leipzig eingerichtet, aber nur während der Messezeit benutzt wurde. [8]

Sie kamen als Kaufleute, und in ihren Geschäften unterschieden sie sich von denen christlicher Konfession überhaupt nicht. Allein durch das »Schutzgeld« ist geradezu jeder, der die Messe besuchte, namentlich fixiert. Von den vielen Nachrichten, die sich darüber hinaus erhalten haben, sei nur eine von 1696 genannt: Am Hallischen Tor war es den Torwächtern gelungen, ein Fuhrwerk anzuhalten, das die Stadt verlassen wollte, und auf dem sich 80000 Stück gemünzten Silbers befanden. Die kostbare Ladung wurde sofort zum Rathaus gebracht. Der Hofjude Bernd Lehmann, dem sie gehörte, kam eilends aus Dresden herbei, nannte den geschäftlichen Zusammenhang und erklärte, daß die Ware für die kurfürstliche Münze bestimmt wäre. Das bestätigte August der Starke und wies den Rat an, die 15 Sack und vier Fässer Silber seinem Kaufmann wieder auszuliefern, was auch unverzüglich geschah.

Der erneute Aufstieg der Messe an der Schwelle zum Kapitalismus, die große Erweiterung ihres Ost-West-Handels ab dem Ende des 18. Jahrhunderts war von einem steigendem Anteil jüdischer Kaufleute vor allem aus Polen begleitet. Für die Rauchwaren, die sie brachten, kauften sie Manufaktur- und dann Industrieerzeugnisse ein. Der größte polnische Kaufmann kam einmal mit 40 Wagen voller Pelze zur Messe und hatte die führenden Leipziger Kaufleute als Geschäftspartner. Der Zustrom war schon 1756, unmittelbar vor dem verheerenden Siebenjährigen Krieg, so groß, daß für die Messezeit eigene Küchen für sie eingerichtet wurden, in denen zeitweilig nicht weniger als 140 Gehilfen tätig waren. Die Geschäfte nahmen einen solchen Umfang an, daß sie sich in der knappen Meßzeit nicht mehr abwickeln ließen. Der Kurfürst erlaubte daher 1769 das Ansässigmachen eines jüdischen Kaufmanns eigens zu dem Zweck, die Geschäfte seiner Glaubensbrüder vorzubereiten, Gewölbe zu mieten, Warentransporte an-

zunehmen usw. Auch auf diese Weise hatten Ende des 18. Jahrhunderts insgesamt sechs Familien, die als »Schutzjuden« bezeichnet wurden, in Leipzig festen Wohnsitz.

Die Messe bildete auch eine Transmission progressiver Ideen. Die von der französischen Aufklärung vertretene Judenemanzipation fand nicht zuletzt in »Klein-Paris« Resonanz, wurde aber auch von den Juden aus Brody, die unter den Kaufleuten aus dem Osten lange eine Schlüsselstellung innehatten, vertreten. Was sich seit dem Wirken des großen jüdischen Philosophen Moses Mendelssohn von Berlin aus und durch Lessings »Nathan« anbahnte, setzte sich allmählich auch in Leipzig durch. Den für Europa entscheidenden Durchbruch erreichte die Französische Revolution, als 1791 die Nationalversammlung in Paris den Juden im Lande die vollen Bürgerrechte gewährte. In Preußen folgte die Gleichberechtigung 1812, in Sachsen begann sie im Gefolge der bürgerlichen Revolution von 1830, wobei ein Gesetz von 1837 wichtig wurde. Schließlich gab ein Gesetz des Norddeutschen Bundes von 1869 den Ausschlag. Im Kern vollzog sich auf diesem Wege die Integration der Menschen jüdischer Religion in die bürgerliche Gesellschaft. Das verlief stufenförmig.

Deutliche Schritte in diese Richtung zeichneten sich schon nach 1800 ab. Von den landsmannschaftlichen Organisationen der die Messe besuchenden jüdischen Kaufleute aus Hamburg, Prag usw. war der Antrag auf eine eigene Begräbnisstelle gestellt, aber dann wieder zurückgezogen worden. Ende 1813, nach der Völkerschlacht, kamen die Brodyer darauf zurück. Der Rat der Stadt beachtete den Vorteil, den Leipzig »durch den Meßbesuch der reichen polnischen Juden« erfuhr, genehmigte das Gesuch und wies ein Gelände im Johannistal zu. Bis dahin mußten zur Messe verstorbene jüdische Kaufleute oder ihre Fuhrleute und Diener gleicher Religion außerhalb, in Dessau oder Prag, bestattet werden. Bald darauf gab es Bemühungen, in dem in der Ritterstraße gelegenen »Kleinen Fürstenkolleg« der Universität Räume für eine weitere Betstube der »aus Brody nach Leipzig kommenden Kaufleute jüdischer Nation« zu mieten. Im Jahre 1818 konnte der Vertrag abgeschlossen werden.

Gegenüber der großen Zahl der Messebesucher nahm die der Ansässigen anfangs nur langsam zu. Im Jahre 1835 gab es erst 22 Familien mit zusammen 74 Personen, dazu zwei Studenten. Bei einer Einwohnerzahl von damals 47 500 waren es drei Jahre darauf schon 162 Juden. Sie bildeten die Basis der neuen Gemeinde. Ihre Konstituierung verlief in einem längeren Prozeß. In einem Manuskript, das inmitten von alten Akten der Gemeinde überliefert ist, heißt es im nachhinein dazu: »Die jüdische Gemeinde in Dresden ist erwachsen im Dienst und im Schutz des Hofes, die in Leipzig im Schatten der Messen.« [8]

Daß die Entwicklung nach 1830 nicht ohne Rückschläge blieb, zeigt sich z. B. daran, daß das Rathaus 1832 von einem aus Mitau gebürtigen jüdischen Kaufmann verlangte, innerhalb von Tagen die Stadt, in der er bleiben wollte, wieder zu verlassen. Dabei hatte Simon Gordon einen Sohn des großen Leipziger Handelshauses Frege auf einer Reise nach Tiflis begleitet und Beziehungen zu persischen Kaufleuten angeknüpft. Er mußte nach Merseburg ausweichen, von wo aus seine Geschäfte mit Persien einen solchen Umfang annahmen, daß man versuchte, ihn nach Leipzig zurückzuholen, was jedoch nicht gelang.

Das Eigenleben der Gemeinde begann eigentlich erst mit ihrem Heraustreten aus dem Einfluß, den die Organisationen der Messebesucher ausübten. Das war endgültig mit der Bestätigung des Statuts von 1846 der Fall, dessen Entwürfe lange umstritten gewesen sind.

Das erste sichere Zeugnis für die Existenz der Gemeinde datiert noch in das Jahr 1834. In einem Rundschreiben wendet sich der Vorstand der Gemeinde, »welche sehr klein ist und viele Lasten hat«, an einige jüdische Großhändler um Geld für eine Armen-, Kranken- und Sterbekasse. Das Dokument ist mit einem Siegel versehen, dessen Schrift »Israelitische Gemeinde zu Leipzig« lautet. [9]

Kurz darauf, im Dezember desselben Jahres, verlangte die Dresdener Regierung auf Grund einer Verordnung, die den jüdischen Kultus wie den Schulbesuch unter staatliche Aufsicht stellte, über die in der Messestadt befindlichen jüdischen Einrichtungen in Kenntnis gesetzt zu werden. Wolf Ulmann, der Kantor der »Berliner Synagoge« in der Reichsstraße, beantwortete die vom Rat der Stadt übermittelten Fragen. Danach bestanden insgesamt 8 kleine private Synagogen der Landsmannschaften, darunter die der Brodyer, Warschauer und Krakauer Kaufleute. Sie waren zudem schlecht untergebracht. Beispielsweise lag die in der Reichsstraße im Hinterhof des Hauses neben einer Böttcherwerkstatt. Der Schulunterricht wurde teils durch Privatlehrer erteilt, andere jüdische Kinder besuchten die öffentlichen Schulen.

Regierung und Stadtverwaltung drängten darauf, daß der Kultus unter die Aufsicht eines eigenen Religionsvorstandes gestellt werde. Der dürfte dann mit dem provisorischen Gemeindevorstand identisch gewesen sein. Sie verlangten außerdem, nur noch eine Synagoge zu unterhalten. Das war praktisch nicht durchführbar. Die Gemeinde selbst hatte vorerst keine eigene. Von daher ist es zu verstehen, daß 1836 der Rat der Stadt »um einen angemessenen

Platz zum Bau einer neuen Synagoge« gebeten wurde, die zunächst für 600 Besucher vorgesehen war. Bis zur Ausführung verging noch viel Zeit. Immerhin entwickelte der Vorstand der Religionsgemeinde 1839 deutliche Vorstellungen, wonach der Bau »in einer der erhabenen Bestimmung würdigen Form auszuführen« sei. [10]

Schließlich fiel 1852 die Standortentscheidung. Als es um die Finanzierung ging, wandte sich der Vorstand auch um Spenden an die Gemeindemitglieder. Die Liste mit den Eintragungen ist bemerkenswert, weil sie zugleich recht eindeutige Aussagen über die soziale Struktur enthält. Waren es bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts ausschließlich Kaufleute – wenn auch große und kleine, dazu ihre Gehilfen –, die sich in Leipzig zu den Messen aufhielten, so ist nun bei den Ansässigen mit einer deutlichen sozialen Differenzierung zu rechnen, die der sich entwickelnden kapitalistischen Stadt adäquat ist. Fraglos dominieren die Kaufleute, aber es gibt inzwischen auch Handwerker und Intellektuelle. Beteiligt haben sich 64 Familien. Die gezeichneten Beiträge differieren zwischen 1 000 und 10 Reichstalern, wobei die höchste Spende nur zweimal, die zweitgrößte von 500 nur dreimal – gleich am Anfang der Liste – vorkommen. Was zwischen 300 und 10 Reichstalern folgt, dürfte dem breit gefächerten Mittelstand zuzurechnen sein. [11] Wer sich als Transportarbeiter in den Fellhandlungen, als Personal in den wenigen reichen Haushalten, Lohnarbeiter in Kürschnereien oder – eben nach Leipzig eingewandert – als Hausierer sein Brot verdiente, dürfte zu einer Spende gar nicht in der Lage gewesen sein. Dieses jüdische Proletariat läßt sich 1853, zum Zeitpunkt der Liste, auf ungefähr ein Drittel der Mitglieder der Religionsgemeinde schätzen.

Die Synagoge hat eine andere Stellung als die Kirche bei den Christen. Sie dient mehr der Vermittlung von Wissen, ist soziale Institution, Stätte der Begegnung im Alltag. Daß die Gemeindesynagoge so großzügig konzipiert war, lag nicht nur an dem Optimismus, mit dem die Initiatoren die Zukunft der noch kleinen Religionsgemeinde sahen, sondern war in erster Linie den vielen Messebesuchern geschuldet. Gerade in die Zeit der Herbstmessen fielen wichtige jüdische Feiertage. Der Bau begann 1854 mit der Grundsteinlegung unweit der Stelle, an der einst die Judengasse gestanden hatte. Als Architekt war Otto Simonson gewonnen worden. Er war Schüler von Gottfried Semper, unter dessen Leitung in Dresden die Synagoge schon 1838/40 errichtet worden war. Mehrere Leipziger Baufirmen waren einbezogen, darunter der Maurermeister Hermann Pausch.

Die Messestadt galt als ein Zentrum des Liberalismus in Deutschland. Die Leipziger Bourgeoisie, wie sie nach 1830 in der Stadtverordnetenversammlung und dem Rat den bestimmenden Einfluß gewonnen hatte, verhielt sich der Religionsgemeinde gegenüber durchaus förderlich. Bei Brockhaus erschienen 1844 die gesammelten Schriften Moses Mendelssohns. Sein dem Luthertum angehörender Enkel, Felix Mendelssohn Bartholdy, trat an die Spitze des Gewandhauses und wurde zum Gründer der heutigen Musikhochschule. Die Universität hat sich jüdischen Wissenschaftlern nicht verschlossen. Sie berief 1837 Julius Fürst zum »Lector publicus« für Orientalistik, ausdrücklich für talmudische Sprachen und Literatur, auch wenn ihm zunächst »mit Rücksicht auf die bestehende Verfassung der Universität« die Professur versagt blieb. Nur Christen waren für ein solches akademisches Lehramt zugelassen. Julius Fürst ist ab 1839 übrigens auch als Sekretär des Vorstandes der Religionsgemeinde nachweisbar und gehörte nach 1842 der Statuten-Kommission an. In einer Reihe mit Levi Bendix, Abraham Meyer, dem großen Pelzhändler Behrend Oppenheimer, mit Hermann Samson und Siegmund Drucker sowie dem 1847 als Religionslehrer angestellten Orientalisten Adolf Jellinek zählt er zu den um die Anfänge der Gemeinde verdienten Persönlichkeiten. Er wurde 1869 sogar Ehrenmitglied der Gemeinde; wenige Jahre zuvor hatte er doch die Professur erhalten. Und 1838 promovierte an der Universität als erster Jude der auswärtige Rabbiner Samuel Holdheim mit einer Dissertation über die Dogmatik der jüdischen Religionslehre. Umgekehrt sympathisierte die Gemeinde nicht nur mit den liberalen Kräften in der Stadt, sondern ging so weit, im März 1848 für die kleinbürgerlich-demokratischen Positionen zu votieren, indem sie Robert Blum und den anderen 48er Demokraten für die Nationalversammlung in Frankfurt/Main ein Mandat überreichte mit der Vollmacht, dort für die »vollkommene politisch-bürgerliche Gleichstellung aller Religionsbekenntnisse in Deutschland« einzutreten. [12] Tatsächlich hing die Lage der Juden damals wie später von den allgemeinen politischen Verhältnissen ab. So kam es unter bürgerlich-demokratischen Vorzeichen inmitten der Revolution Anfang 1849 zu einem Gesetz, das so weit ging, die »völlige Gleichstellung der sächsischen Juden« in den staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten festzulegen. Alle dem entgegenstehenden Bestimmungen sollten ausdrücklich aufgehoben sein. Allerdings stellte die Niederlage der Revolution die Konsequenz dieser Rechtsnorm schon kurz darauf wieder in Frage.

Die Fabrikgründungen, der Eisenbahntransport, überhaupt der Verlauf der industriellen Revolution in Europa blieben nicht ohne Wirkung auf den Handel. Nach der Jahrhundertmitte geriet die Warenmesse

in eine Krise, während in Gestalt des sogenannten Musterlagerverkehrs eine Vorstufe zur Mustermesse entstand, die 1895 endgültig die Warenmesse ablöste. Jahrhundertelang hatte der Kaufmann seine Waren selbst begleitet, nun sah er sich veranlaßt, am Ort seßhaft zu werden. Auf der Messe trat an seine Stelle sogar der Fabrikant als Aussteller. Der Rauchwarenhandel scherte zwar aus, weil er für das Verfahren nach Probe oder Muster ungeeignet war, lief nun aber ununterbrochen das ganze Jahr über und verlangte erst recht den ortsgebundenen Kaufmann. Parallel dazu entwickelte sich der »Brühl« auch als Zentrum der Pelzverarbeitung sowohl in handwerklicher wie am Ende des Jahrhunderts in industrieller Form.

Unter diesen Umständen nahm die Zahl jüdischer Bürger sehr viel schneller zu als in der ersten Jahrhunderthälfte. Sie wuchs synchron mit der kapitalistischen Großstadt. Gab es 1871 etwa 1800, belief sich die Mitgliederzahl der Religionsgemeinde 1890 schon auf 4300 und zehn Jahre später auf 6200. Dabei war der Anteil der Zuwanderer aus dem Osten besonders hoch, so daß die Leipziger Gemeinde als die mit dem zweitgrößten Anteil der Ostjuden im Reich galt. Die Judenverfolgung unter dem russischen Zarismus hatte dazu nicht wenig beigetragen. Die Ansiedlung erfolgte überall in den großen Städten, den Handels- und Industriezentren. Das bedeutete – für das heutige Staatsgebiet der DDR – eine Konzentration neben Berlin auf das sächsische Gebiet, wo es 1925 etwas mehr als 23000 Einwohner jüdischen Glaubens gab. Das waren 0,46% der Bevölkerung Sachsens. Davon lebten etwa 13500 in der Messestadt, und das war zugleich der höchste Mitgliederstand der Leipziger Religionsgemeinde überhaupt, der schon nach 1925 rückläufig wurde. Der Grund lag vor allem in der Assimilation mit zahlreichen Austritten, darunter dem Konvertieren vor allem zur Evangelischen Kirche, einem Prozeß, der aber schon über Jahrzehnte hinweg die Gemeinde begleitet hatte, nun aber offensichtlich zunahm. Hinzu kam, daß die Rauchwarenbranche Leipzigs, in der ein großer Teil des jüdischen Mittelstands und auch der Arbeiter tätig war, noch vor der Weltwirtschaftskrise ihren Zenit überschritt.

Bestimmend in der Sozialstruktur blieb die Handelsbourgeoisie. Bei Berufsangaben in Mitgliederverzeichnissen von Vereinen ist »Kaufmann« die häufigste Bezeichnung, erst recht ist sie – zusammen mit Rechtsanwälten – die beherrschende in den Vorstandslisten. Freilich ist das Wort vieldeutig, auch der kleine Händler oder Angestellte konnte sich »Kaufmann« nennen. Obgleich nähere Untersuchungen noch ausstehen, ist in der Zahl weiter mit einem großen Überwiegen der Mittelschichten zu rechnen. Das waren Geschäftsleute, Handwerksmeister, Angestellte, kleinere Kaufleute. Hinzu kam der relativ hohe Anteil von Intellektuellen, insbesondere von Ärzten und Anwälten. Es gab aber ebenso jüdische Proletarier, allerdings weniger im Sinne von Fabrikarbeitern, sondern als Arbeiter in Kürschnereien usw. Ihnen mögen jene Ostjuden aus der Zeit vor 1914 nahegestanden haben, die sich – eben zugezogen – von Gelegenheitsarbeiten oder einem kaum gewinnbringenden Kleinhandel ernährten.

Alle Einwohner jüdischer Religion gehörten automatisch der Religionsgemeinde an. Im Jahre 1869 hatte sie folgende Struktur: An der Spitze standen der Vorstand, dem fünf Mitglieder, darunter der Vorsteher, angehörten, und 15 Gemeindeverordnete – gewissermaßen als Parlament – mit weiteren neun Ersatzmännern. Es gab damals vier Ausschüsse für einzelne Aufgabenbereiche. Angestellt waren ein Rabbiner – A. M. Goldschmidt, der seit 1858 in Leipzig war –, der Sekretär der Gemeinde, zwei Kantoren und zwei Gemeindediener. Mit der rapiden Zunahme der Mitgliederzahl hat sich der Apparat unter Leitung des Sekretärs erweitert; seit den Jahren um 1900 stand er dem einer Kleinstadtverwaltung nicht nach. Regional erstreckte sich die Zuständigkeit über Leipzig hinaus auf ganz Nordwestsachsen. Jüdische Einwohner beispielsweise in Grimma, Oschatz oder Döbeln hatten keine eigenen Gemeinden, sondern gehörten der Leipziger an. Das fiel bei der Konzentration auf die Messestadt zahlenmäßig nicht ins Gewicht. Beispielsweise lebten um 1909 in Taucha vier jüdische Familien; sie waren Fellzurichter zum »Brühl« gehöriger Firmen. Etwas anders war das jenseits der sächsischen Grenze. In Delitzsch gab es 1873 immerhin 74 jüdische Einwohner, und als 1906 russische Juden in Berlin aufgefordert wurden, die Stadt zu verlassen, wandten sich auch einige nach Delitzsch. Aber 1933 scheint diese Kolonie schon nicht mehr existiert zu haben. [13]

Bereits frühzeitig entwickelten sich kulturell und sozial orientierte Vereine im Rahmen der Religionsgemeinde. Die 1863 gegründete Mendelssohn-Stiftung widmete sich der Förderung künstlerischer Talente, wobei sie Stipendien auch an Nichtjuden vergab. Es existierte zu dieser Zeit auch schon ein Israelitischer Frauenverein. Erheblichen Rang hatten jahrzehntelang – bis Ende 1938 – der 1887 entstandene Hilfsverein Israelitischer Gewerbetreibender und der 1900 gegründete Wohltätigkeitsverein, der u. a. ein Kurheim in Bad Dürrenberg und einen Kinderhort unterhielt. Im Jahre 1899 bestätigte die Universität das Statut der »Vereinigung jüdischer Studierender«. Den Antrag hatte Martin Buber gestellt, der später bekannte Religionsphilosoph, der nach 1923 an der Universität in Frankfurt/Main lehrte. Zu nennen sind zentrale Verbände, die in Leipzig durch

Ortsgruppen vertreten waren. Das gilt in erster Linie für den »Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens«, dessen örtliche Organisation in Leipzig sich 1911 konstituierte, nachdem der »CV« 1893 in Berlin gegründet worden war. Hier schlossen sich jene jüdischen Menschen zusammen – vor allem Angehörige der Bourgeoisie und der Intelligenz –, die sich ganz als Bestandteil des deutschen Volkes verstanden, aber an ihrer Religion festhalten wollten. Sie bekämpften den Antisemitismus, grenzten sich andererseits deutlich gegenüber dem Zionismus und seiner These einer einheitlichen jüdischen Nation ab. Bei Kriegsausbruch rief der »CV« gleich anderen bürgerlichen Organisationen zur »Vaterlandsverteidigung« auf. Er stand später an der Seite der Parteien der Weimarer Koalition, der Deutschen Demokratischen Partei und der SPD. Als Pendant existierte in Leipzig auch die Ortsgruppe der Zionistischen Vereinigung. Einflußreich war nach 1918 der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.

Von den religiös-kulturellen Organisationen, die am Ort bestanden, ist der Talmud-Tora-Verein zu erwähnen, der – 1900 gegründet – sowohl Träger der Israelitischen Religionsschule war, die neben den allgemeinbildenden Schulen fungierte, als auch die Synagoge in der Keilstraße unterhielt. Diese war an die Stelle der beiden alten Brodyer Betstuben getreten und galt als Zentrum der Ostjuden. Hinzu kam 1914 der Israelitische Schulverein, der die Höhere Israelitische Schule unterstützte, die 1912 gegründet worden war. Zunächst in provisorischen Räumen in der Humboldt-Straße untergebracht, entstand 1913 für sie das eigene Gebäude in der Gustav-Adolf-Straße. Sie galt als 6. Realschule für die Stadt und unterrichtete zehn Klassenstufen bis zur mittleren Reife. Gründer und dann langjähriger Rektor – bis zur Emigration – war Ephraim Carlebach, wobei im Lehrerkollegium bis 1938 auch Nichtjuden tätig gewesen sind. Diese Schule war zwar nur für jüdische Kinder da, darüber hinaus aber völlig integriert. Als 1913 das Völkerschlachtdenkmal eingeweiht wurde, standen die Schüler bei der An- und Abfahrt der Fürstlichkeiten ebenso Spalier wie die aller anderen Schulen. Nicht anders verhielt sich das in ihren ersten Jahren zur »Sedanfeier« oder zu »Kaisers Geburtstag«. [14] Der Sportverein Bar-Kochba, der 1921 entstanden ist, erreichte 1924 etwa 200 Mitglieder. Vom Parteienspektrum der Weimarer Republik konnten unter der jüdischen Bevölkerung nur die einen Anhang finden, die nicht antisemitisch waren. Der Sozialstruktur entsprechend dürften die Sympathien für DDP und SPD überwogen haben, aber es gab auch Kommunisten, und nicht nur unter den jüdischen Arbeitern. Daneben existierte die kleine, auf Palästina orientierte jüdische sozialdemokratische Arbeiterorganisation »Poale Zion«, in der z. B. der später als Sinologe bekannte Eduard Erkes einen Vortrag »Der Antisemitismus als Vorläufer der Reaktion« gehalten hat. Sie gehörte wie der »Bund jüdischer Arbeitnehmer« zu den Organisationen, die gleich nach 1933 verboten wurden.

Die Gemeinde hat nahezu ein Jahrhundert lang einen bemerkenswerten Beitrag zum geistig-kulturellen Leben und zu Leipzigs Geltung als internationales Handelszentrum geleistet. Von den Persönlichkeiten, die dafür stehen und progressive, humanistische Traditionen der Stadt verkörpern, ist beispielsweise Henriette Goldschmidt hervorzuheben. Die Gattin eines Rabbiners war Vorkämpferin für das Frauenstudium, 1864 Mitbegründerin des Allgemeinen deutschen Frauenvereins. Unter den Künstlern sei Salomon Jadassohn genannt, der – Schüler von Mendelssohn Bartholdy in Leipzig und danach von Liszt in Weimar – ab 1871 30 Jahre am Konservatorium lehrte, aber auch Kantor der Gemeindesynagoge war und lange Zeit zugleich für den Musikverlag Breitkopf & Härtel tätig gewesen ist. Im Jahre 1887 ehrte ihn die Universität mit der Ehrendoktorwürde. Abraham Adler, der Initiator der Gründung der Handelshochschule und später ihr Rektor, ist mehrere Jahre auch Vorsteher der Religionsgemeinde gewesen. Manche Rabbiner sind zugleich als Orientalisten hervorgetreten. Das galt u. a. für Nathan Porges, der – seit 1888 in Leipzig – 1913 mit dem Professoren-Titel gewürdigt wurde. [15] Oder der jüdische Wissenschaftler Mojssej Woskin gründete 1923 die Hebräische Sprachschule in Leipzig. Ganz in diesem Sinne sind die Gelehrten der Universität, die Ärzte, Anwälte und Kulturschaffenden zu nennen, die 1933 mit der Judenverfolgung konfrontiert wurden.

Der Berliner Unternehmer Philipp Rosenthal hat sich als Förderer der Messe, insbesondere als einer der Gründer der Technischen Messe Verdienste erworben. Zu den Repräsentanten der Geschäftswelt des Brühl gehörten Chaim Eitingon und Max Ariowitsch. Beide, die in einer Reihe mit Kroch, Ury und Heine zu den führenden Kräften der Handelsbourgeoisie gehörten, waren zugleich sozial engagiert. So hat Chaim Eitingon 1920 der Gemeinde ein Krankenheim gestiftet, und 1928 konnte das mit seinem Namen verbundene Krankenhaus eröffnet werden. Es war zugleich die erste jüdische Klinik in Sachsen und war mit der damals modernsten Ausstattung versehen. Unter den jüdischen Stiftungen in Leipzig fand sie die wohl größte Resonanz.

Die Entwicklung der Religionsgemeinde war stets von antisemitischen Strömungen begleitet; sie vollzog sich in der Auseinandersetzung mit ihnen. Wie in anderen kapitalistischen Ländern bekam der

Antisemitismus auch in Deutschland seit der Mitte der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts Auftrieb. Angesichts der sozialen Polarisation setzten reaktionäre Kräfte auf die »Judenfrage« als Heilmittel gegen die Gebrechen der Gesellschaft, um die Aufmerksamkeit vom wirklichen Feind, dem Großkapital, abzulenken. Alte, latent vorhandene Feindbilder gegen jene Menschen, die allen Bekehrungsversuchen widerstanden hatten, wurden genutzt. Im Jahre 1879 tauchte die Losung auf: »Die Juden sind unser Unglück«, wobei sich der Schwerpunkt von der religiösen in eine »rassische« Richtung verschob. Gerade in industriellen Ballungsgebieten mit einer starken revolutionären Arbeiterbewegung verstanden es Teile der herrschenden Klasse, ihre Aktivitäten zu konzentrieren. So fand 1882 der »Erste internationale antisemitische Kongreß« in Dresden, der zweite im folgenden Jahr in Chemnitz statt. Das blieb nicht ohne Einfluß auf Leipzig. Hier entstand der Hammer-Verlag des Theodor Fritsch, der versuchte, diese unheildrohende Ideologie im Reichsmaßstab zu propagieren. Bei ihm erschien eine Unzahl kleiner Flugschriften und Bücher, die zentrale Zeitung, der »Antisemiten-Katechismus«, der ab 1907 als »Handbuch der Judenfrage« herauskam und bis 1944 eine Auflagenhöhe von 325 000 erreichte. Als Fritsch 1933 starb, galt er bei den Nazis als »großer völkischer Vorkämpfer«. [16] Unter den politischen und sozialen Gegensätzen der Weimarer Republik wucherte diese Gefahr, zumal sie in der NSDAP eine ebenso organisierte wie besonders aggressive Gestalt fand. Es kam zu einer antisemitischen Welle. Zahlreiche Artikel im Gemeindeblatt reflektieren den Druck, dem die jüdischen Bürger schon vor 1933 ausgesetzt waren. Das reichte von kleinen Nadelstichen sogar in Theateraufführungen über Angriffe, wie sie mit dem Artikel »Die Hakenkreuzlerlügen gegen den Talmud«, den das Leipziger »Jüdische Familienblatt« brachte, abgewehrt wurden, bis zum Versuch des Sprengstoffattentats einiger junger »Frontbannmitglieder« auf die Gemeindesynagoge. Der berüchtigte Otto Reche wurde nicht erst 1933, sondern schon 1927 an der Universität Ordinarius für Rassen- und Völkerkunde. Und bereits 1932 übernahm er den Vorsitz der »Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene« in Leipzig. [17] Deutschnationale Studenten versahen 1932 die Einladung zu einem Vortrag »Das Novembersystem auf der Anklagebank« mit dem Aufdruck »Für Juden verboten«. Im selben Jahr haben die »Deutschen Christen« in ihren Gründungsrichtlinien dem Antisemitismus in einer Weise das Wort geredet, daß sie die Nürnberger Gesetze geradezu vorwegnahmen. Was für diesen, damals vorerst kleinen Teil der evangelischen Kirche im Reich galt, hatte auch in einer Stadt wie Leipzig Wirkung. Im Stadtparlament griffen Ende 1932 die Nazis und ihre Verbündeten Stadtrat Krause an, weil er Jude und Sozialdemokrat war. Er antwortete: »Als Jude sei er geboren, und Sozialdemokrat sei er seit 35 Jahren. Er sei es aus Überzeugung und werde es bleiben sein Leben lang.« Das geschah zur selben Zeit, als das Gemeindeblatt mit der Überschrift erschien »Gebt den jüdischen Erwerbslosen Arbeit!« [18]

Am 30. Januar 1933 geriet die Macht in die Hände jener, die Kommunisten und Juden als Hauptfeinde sahen. Im Zeichen des brennenden Reichstages wurde der Terror gegen sie und alle progressiven, demokratischen Kräfte des deutschen Volkes eröffnet, um die faschistische Macht zu konsolidieren. Wie in allen größeren Städten des Reiches kam es am 1. April 1933 auch in der Messestadt zum sogenannten Juden-Boykott. SA stand vor Geschäften, Hetzparolen wurden verbreitet, Menschen mißhandelt. Das war der »1. Schlag« oder die »Generalprobe«, wie Schlagzeilen der Leipziger Nazipresse damals lauteten. Einige Tage darauf wurden namhafte Wissenschaftler, Künstler, Beamte entlassen. Bruno Walter, der Gewandhauskapellmeister, hat in seinen Lebenserinnerungen festgehalten, wie er schon im März – eben von einer Auslandsreise zurückgekehrt – gezwungen wurde, das nächste Konzert nicht zu dirigieren; er könne sonst »sicher sein, daß alles im Saal kurz und klein geschlagen wird«. Und er spricht davon, wie sinnlos es schien, »um Hilfe hinauszurufen gegen das schwelende Feuer, mit dem Barbaren die Kultur und ihre Pflegestätte bedrohten«. Der berühmte Dirigent mußte die Stadt verlassen, die, wie er sich an anderer Stelle seines Buches ausdrückte, so viel wie keine andere in Deutschland für die Musik getan hatte. [19]

Von den einst einflußreichen liberalen Kräften in Leipzigs Bürgertum war an der Nahtstelle von Weimarer Republik und Faschismus wenig übrig geblieben. Die Bourgeoisie der Messestadt machte keine Ausnahme, die Mehrheit des Bildungsbürgertums war leicht dazu zu bringen, sich von jüdischen Kollegen loszusagen. An der Universität gab es keine Fakultät, die protestiert und den Mut zur Solidarität aufgebracht hätte. Das geschah auch dort nicht, wo vorsichtige Formulierungen interner Entlassungsschriftstücke ahnen lassen, daß man sich zumindest des intellektuellen Aderlasses bewußt war. Seit Jahrzehnten den politischen Interessen der Großbourgeoisie ergeben, erwies man sich selbst den Nazis als willfähriges Instrument. Diese Haltung steht im auffälligen Gegensatz zu der Position eines Wilhelm Traugott Krug, der einst als 1848er Demokrat unter den Professoren im Landtag in Dresden, in der

Stadt wie an der Universität ein großer Vorkämpfer der Judenemanzipation gewesen war.

Zusammen mit dem Verbot der »Kostufra« – der Kommunistischen Studentenfraktion – und der Sozialistischen Studentenschaft wurden 30 Professoren und Dozenten aus politischen und rassischen »Gründen« entfernt. Carl Drucker, der letzte Assistent Wilhelm Ostwalds – er hatte 1911 die Professur für physikalische Chemie übernommen – mußte gehen; er konnte nach Uppsala emigrieren. Felix Bloch, Schüler von Werner Heisenberg, verlor seine Aufgabe wegen »nichtarischer Abstammung«. Er galt »als ein sehr hoffnungsvoller theoretischer Physiker«. Tatsächlich erhielt er 1951 den Nobelpreis. Er blieb auf einer Reise zunächst in Zürich. Der Mediziner Felix Skutsch – seit 1903 in Leipzig, ab 1908 an der Spitze der Frauenklinik – verlor schließlich wie andere Ärzte 1938 sogar die Approbation, wurde 1943 nach Theresienstadt verschleppt, wo er zu den wenigen zählte, die das Lager überstanden. Aber seine Frau kam dort ums Leben. Siegfried Rosenbaum, der erst 1930 die Professur erhalten hatte und an der Kinderklinik tätig war, gelang noch 1933 die Emigration nach Palästina. Lazar Gulkowitsch, einer der Großen der traditionsreichen Orientalistik, wurde ebenso wie sein Kollege Benno Landsberger entlassen. Dasselbe widerfuhr auch dem Mittelalter-Historiker Siegmund Hellmann, der – unter der sächsischen Arbeiterregierung berufen – kaum ein Jahrzehnt an der Universität hatte arbeiten können. Er lebte dann in München, wurde nach Theresienstadt deportiert, wo er umkam. Diese Reihe ließe sich mit Georg Witkowski, Alfred Doren und anderen fortsetzen. [20]

Die Nazis haben in dieser ersten Phase gerade auf der kommunalen Ebene nach der Devise Druck ausgeübt, die sich später in einem Dokument für die Stadt ausgesprochen findet, daß »neben allgemein gegen die Juden erlassenen Gesetzen ... auch die örtlich erlassenen Einschränkungen hierbei eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben«. So wurde 1934 die Gründung eines Rasseamtes bei der Stadtverwaltung betrieben, das unter der Bezeichnung »Amt für Erb- und Rassenpflege« auch errichtet wurde, und das rückblickend (1935) »vorbildlich wirksam« geworden war. Nach allem, was sich aus späteren Anhaltspunkten ergibt, müssen dort Berge von Karteien und Akten über Ariernachweise und dergleichen entstanden sein, die Werkzeug des Verbrechens waren. Die Tätigkeit dieses Amtes vollzog sich unter Aufgabenstellungen wie: »ein Zuchtideal in die Bevölkerung zu tragen«, »Ausleseschranken zu errichten« mit dem Ziel, »das Fremdrassige zu erfassen und nach Möglichkeit auszurotten«. Im März 1935 wurde eine Liste »nichtarischer Ärzte« mit 72 Namen, eingeteilt in nicht zugelassene und noch zugelassene, von der Stadtverwaltung herausgegeben. Bis auf Ausnahmen war diesen Ärzten die Kassenpraxis entzogen worden, später nahm man ihnen überhaupt die Approbation. Sie konnten allenfalls für jüdische Mitbürger tätig sein, was für die Mehrzahl dieser Ärzte das Ende der Praxis bedeutete. Ähnlich ging es mindestens zehn jüdischen Apothekern in der Stadt und den Rechtsanwälten, denen zunächst das Notariat weggenommen wurde, bis sie schließlich nur noch »Rechtskonsulenten« für jüdische Bürger sein durften, die freilich außerstande waren, diese Hilfe, so nötig sie gerade damals war, zu bezahlen. Die letzten haben im Sommer 1943 auch diese kleine Tätigkeit aufgeben müssen.

»Im völkischen Interesse«, wie es hieß, wurden im Juli 1935 die Frei- und Hallenbäder für jüdische Bürger gesperrt. Einen Monat später wurden jüdische Menschen von dem Besuch kultureller Veranstaltungen ausgeschlossen und ihre eigenen Versammlungsräume in diskriminierender Weise gekennzeichnet. Das geschah in Leipzig, lange bevor die Nazis an zentraler Stelle solche Maßnahmen für opportun hielten. Im Rosental wurden bestimmte Bänke beschildert, was einem Verbot des Betretens des Parkgeländes gleichkam. Und Ende 1936 wurde das weltbekannte Denkmal für Felix Mendelssohn Bartholdy vor dem Gewandhaus in einer Nacht- und Nebelaktion mit Preßlufthämmern abgebrochen. Es galt als ein Symbol des Musiklebens der Stadt. Das Ereignis war übrigens für Carl Goerdeler, der 1933 Oberbürgermeister geblieben war, der Anlaß zum Rücktritt. Sein Stellvertreter hatte ihn, als er im Ausland war, umgangen. Allerdings war eine Beseitigung des Denkmals schon lange vorher intern im Gespräch gewesen, nur hatte man sich über die der internationalen Öffentlichkeit zu bietende Begründung nicht einigen können. Der tiefere Grund für den Rücktritt lag ganz außerhalb Leipzigs in wirtschaftspolitischen Differenzen und einer beginnenden politischen Distanz zur Hitler-Regierung, der er – wie schon vorher unter der Reichskanzlerschaft von Brüning – als Reichspreiskommissar neben seinem Oberbürgermeisteramt angehört hatte. [21]

Allmählich setzt auch die »Arisierung« ein, die für die faschistische Bourgeoisie zum riesigen Geschäft wurde und an der sich ebenso führende SS-Leute bereicherten. Sie zeichnete sich 1934 ab und trat im Frühsommer 1938 in das entscheidende Stadium. Das Gemeindeblatt brachte z. B. schon Ende 1934 eine Notiz, daß die Auflösung jüdischer Firmen in Frankfurt/Main in vollem Gange sei. In einem Monat seien dort mehr als 100 Firmen liquidiert worden. Über den Brühl liegen Zahlen vor: Bis 1936 sind allein in diesem Wirtschaftszweig 113 Firmen, die 1931

einen Umsatz von 60 Millionen RM hatten, an »arische« Unternehmer gefallen. Die große Welle folgte 1938/39. Zu diesem Zeitpunkt sind rund 1600 jüdische Gewerbebetriebe, darunter 577 Großhandlungen, in Leipzig geschlossen bzw. »arischen« Firmen in die Hände gespielt worden. Den Auftakt hatte eine Verordnung über die Anmeldung jüdischen Vermögens vom April 1938 gegeben; ihr waren weitere Vorschriften gefolgt. In einer internen »Übersicht über die mit Judenproblemen zusammenhängenden Fragen«, die vom 22. November 1938 stammt, heißt es, daß es zuerst um den Einzelhandel und die Produktion ginge, zuletzt um Ausfuhrhandlungen, da auf die Exportbelange Rücksicht zu nehmen sei. Die »Entjudung von Unternehmungen« lief nach dem erklärten Grundsatz: »Entfernung der Juden aus Wirtschaft und Reichsgebiet«. Daß es Ende 1938 noch sieben jüdische Millionäre in Leipzig gab, wird der gleichsam letzte Fixpunkt gewesen sein, denn bei namhaften Firmen war der Prozeß der Enteignung schon im Sommer des Jahres im Gange. So war die »Arisierung« der Tuchgroßhandlung Heine im Mai 1938 »in Kürze zu erwarten«. Im Juni-Bericht der Leipziger Industrie- und Handelskammer ist vom »starken Zunehmen ... der Begutachtung von Arisierungsfällen« die Rede. [22]

Schikanen und Terror inszenierte die faschistische Führung wellenförmig und steigerte sie dabei als universelles Mittel ideologischer Kriegsvorbereitung bis zum Exzeß. Was gegen die jüdischen Bürger im Innern praktiziert wurde, lief nach außen mit Hetzparolen wie dem »jüdischen Plutokratismus« im Westen und dem »jüdischen Bolschewismus« im Osten. Die Zuspitzung vom Herbst 1935 mit den »Nürnberger Gesetzen«, die dazu dienten, die jüdischen Menschen total auszugrenzen, wiederholte sich im Laufe des Jahres 1938 durch die Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen und damit der sozialen Existenz des jüdischen Mittelstandes wie der Bourgeoisie. Diese Steigerungsphase kulminierte im Novemberpogrom, der – wie überall im Reich – auch in Leipzig vorbereitet war.

Schon wenige Tage davor, gleichsam als Vorstufe, inszenierten die Nazis die insgesamt größte Deportation. In der Nacht vom 28. zum 29. Oktober wurden etwa 5000 Leipziger Juden aus ihren Wohnungen geholt, zusammengetrieben und mit der Eisenbahn an die polnische Grenze verfrachtet. Sie stammten aus Polen, waren dort geboren und besaßen keine deutsche Staatsbürgerschaft oder sie war ihnen aberkannt worden. Oft waren es ganze Familien, die alles stehen und liegen lassen mußten. In vielen Fällen verschwanden die Männer, wurden ihren Frauen und Kindern entrissen. Wem jenseits der polnischen Grenze nicht bald die Auswanderung in ein entferntes Land gelang – was wiederum nicht ohne Paß und Geld, nicht ohne eine Bürgschaft im Einwanderungsland möglich war –, geriet kaum ein Jahr später bei der Okkupation Polens wieder in die Verfolgung und in die Vernichtungslager. Offenbar erlitt dieses Schicksal der bei weitem größte Teil dieser 5000 Menschen. Bei dem besonders hohen Anteil der aus dem Osten stammenden Juden traf die »Polenaktion« Leipzig mehr als andere große Städte. Gerade die Ostjuden waren immer wieder die Zielscheibe des Antisemitismus gewesen, so daß 1925 angesichts der »verheerenden antisemitischen Wellen, die auf allen Fronten gegen unsere unglücklichen eingewanderten Brüder stürmt«, sogar die Gründung einer eigenen ostjüdischen Organisation in Leipzig geplant war. Selbst in der Weimarer Republik war ihnen der Erwerb der Staatsangehörigkeit erschwert. So verlangte Sachsen 30 Jahre Ansässigkeit. Das Gesetz vom 14. Juli 1933 richtete sich vor allem gegen diese Juden.

Hervorzuheben ist die Solidaritätsaktion des polnischen Konsuls in Leipzig. In Halle hatte die Deportation schon am Abend des 27. Oktober begonnen. Als Nachrichten darüber Leipzig erreichten, konnten sich viele in letzter Stunde in das Grundstück flüchten, in dem das polnische Generalkonsulat seinen Sitz hatte. Es war die Villa Ury in der damaligen Wächterstraße. Und das vollzog sich vor den Fenstern des Reichsgerichts und in der Nachbarschaft des Polizeipräsidiums. In einem Polizeibericht an die Kreishauptmannschaft, der vom 10. November datiert – der Pogrom hatte stattgefunden, die Verhaftungswelle lief –, heißt es: »Nach den hiesigen Feststellungen sind im Grundstück des polnischen Konsulats 1296 Personen eingetroffen und dort bis zum 29. Oktober nachmittags verblieben«. Die Solidaritätsaktion von Generalkonsul Chiczewski war zunächst erfolgreich. Obgleich das Grundstück nicht exterritorial, das Konsulat auch nur Mieter einiger Räume war, wurde erreicht, daß diese Menschen »nach vorheriger Meldung auf den zuständigen Polizeirevieren unbehelligt in ihre Wohnungen ... zurückzukehren« in der Lage waren. Allerdings mußten sie sich am 1. November beim Ausländeramt der Polizei registrieren lassen. Es ist kaum vorstellbar, wie es möglich gewesen ist, so viele Menschen über Nacht, knapp einen Tag lang unterzubringen und samt der Kleinkinder zu versorgen. Es ist erwiesen, daß Angestellte des Kaufhauses Ury geholfen haben. [23]

Durch die Deportation büßten mehrere Vereine die Hälfte ihrer Mitglieder ein. Beim Talmud-Tora-Verein hatten sogar nur 6 bis 7% der Mitgliedschaft die deutsche Staatsangehörigkeit. Und von den 18 Personen des Vorstandes und der Angestellten stamm-

ten im Jahre 1938 zwölf aus Polen, so daß er seine Aktivitäten noch vor dem Verbot im Gefolge der Pogromnacht faktisch einstellen mußte. Die Nazis führten im Frühjahr 1939 eine zweite »Polenaktion« durch, über die wenig bekannt ist, die aber mindestens 1 000 Personen – vor allem jene, die ihr im Vorjahr entgangen waren – traf. Darüber hinaus wurden mit dieser Begründung zahlreiche einzelne Personen und Familien ausgewiesen. Innerhalb der kurzen Zeit, die bis Kriegsausbruch verblieb, werden die wenigsten von ihnen in ein sicheres Land entkommen sein.

Die Pogromnacht selbst hatte in Leipzig denselben Verlauf wie anderswo. Zeitungen und Rundfunk gossen Kübel voller Hetze aus. Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« hatten am 9. November Überschriften wie »Feiger jüdischer Mordanschlag in der deutschen Botschaft in Paris« oder »Eine Tat des Hasses«. In den frühen Morgenstunden des 10. November, etwa 3 Uhr, brannte die Gemeindesynagoge, etwa 5 Uhr stand das Geschäftshaus Bamberger & Hertz, Ecke Grimmaische Straße/Goethestraße, in Flammen. Auch das Kaufhaus Ury am Königsplatz (Wilhelm-Leuschner-Platz) war von Nazihorden angezündet worden. Zahlreiche Geschäfte am Brühl, in der Nikolaistraße, aber auch außerhalb des Zentrums, wurden demoliert, die Feierhalle auf dem jüdischen Friedhof Eutritzsch, dem dritten, der erst wenige Jahre vorher angelegt worden war, wurde zerstört. Vereinslokale sind aufgebrochen und verwüstet worden. Straßen wie der Brühl glichen hinterher einem Chaos. Den Opfern wurde auferlegt, für die Wiederherstellung des Straßenbildes aufzukommen, über sie wurde sogar eine »Geldbuße« verhängt, manche in totaler Umkehrung als Brandstifter angeklagt, des Versicherungsbetruges bezichtigt und unter dieser Anschuldigung verhaftet. Eingesetzt waren vor allem Trupps des NSKK, die vor den Altären der Synagogen Benzinkanister ausschütteten, den Friedhof schändeten und dort, wo sich mit Rücksicht auf Wohnhäuser kein Brand legen ließ, alles zertrümmerten. Zwei 1946 vor dem Landgericht gegen die an den Verbrechen beteiligten Nazis durchgeführte Prozesse haben manche Hintergründe und Abläufe klären können.

Der Stoß richtete sich hauptsächlich gegen die Gemeinschaftseinrichtungen: die Synagogen und die Vereine. In Leipzig gab es 13 Synagogen einschließlich der Betstuben. Die Religionsgemeinde selbst unterhielt nur zwei Synagogen, während die anderen kleine Privatsynagogen waren, die von Vereinen getragen wurden. Die repräsentative Gemeindesynagoge verfügte über 1 100, die Ez-Chaim-Synagoge über 600 Plätze. Darüber hinaus gab es mehrere Betstuben, die vor allem an hohen Feiertagen benutzt *wurden. Sie lagen in den Wohngebieten der Juden.* Mit der Begründung, die Überwachung verlange einen zu großen Aufwand, verlangte die Polizei schon 1936, »daß diese Zahl in Zukunft herabgesetzt werden muß«. Als eine Betstube 1937 deshalb geschlossen werden mußte, schaffte es die Religionsgemeinde, in der Nähe eine neue einzurichten.

Die Synagoge in Apels Garten – nahe dem Zentrum – brannte ebenfalls nieder. Die Feuerwehr blieb auch hier untätig und beschränkte sich auf den Schutz der benachbarten Wohnungen. Sie erklärte: »Entstehungsursache nicht ermittelt«. Aus der Synagoge Färberstraße wurden die Kultgegenstände auf die Straße geworfen. In einem anderen Falle war es dem Rabbiner gelungen, die Kultgeräte zu retten. Er mußte sie dann der Gestapo ausliefern, wobei er verhaftet wurde. Ebenso brachen die Schlägertrupps in Vereinsräume ein. Über die der »Gesellschaft der Freunde« – einer vor allem von Kaufleuten getragenen geselligen Organisation – hieß es danach: »Die Einrichtung der Räume ist zum größten Teil zertrümmert«. Der Verein sollte schon 1936 verboten werden, weil er der Vertreibung Widerstand leistete. Als das 1937 gelang, äußerte die Gestapo den Verdacht, die Vereinstätigkeit werde illegal weitergeführt. Die Räume wurden demoliert, obgleich sie schon lange nicht mehr benutzt wurden. Die Aktionen waren so vorbereitet, daß rechtzeitig die Gestapo erschien, um das Schriftgut »sicherzustellen«. Die Vereine standen nicht nur seit 1933 unter Kontrolle, indem Polizeibeamte an den Versammlungen und anderen Veranstaltungen teilnahmen, sondern wurden 1937 mit der Forderung unter Druck gesetzt, den Vorständen dürften ausschließlich deutsche Staatsbürger angehören, was bei der Zusammensetzung der Gemeinde gerade in Leipzig ins Gewicht fiel. Nun wurden sie nicht nur ihrer Dokumente beraubt, man versiegelte auch die Räume und verbot jede weitere Tätigkeit. [24]

Die jüdischen Menschen waren nach der Pogromnacht ohne Zusammenhalt. Beispielsweise dem Hilfsverein Israelitischer Gewerbetreibender – er beging 1937 sein 50jähriges Bestehen und hatte damals um die 1 000 Mitglieder – wurden die Büroräume versiegelt, seine Registratur dem Sicherheitsdienst der SS (SD) übergeben. Er hatte sich gerade 1938 der Betreuung von Kindern der Familien gewidmet, die mittellos geworden waren. Die Gestapo überwachte sogar den Jüdischen Kindergarten und die Beerdigungsbruderschaft und löste sie auf. Die Religionsgemeinde, die den Mittelpunkt der jüdischen Organisationen bildete, verlor ihren Status und konnte nur noch als Kultusvereinigung und im Rahmen der neuen, zwangsweise eingerichteten »Reichsvereinigung« bestehen. Über das Schicksal

des beschlagnahmten Schriftgutes ist übrigens nichts bekannt, so daß diese wichtige Quelle jüdischer Geschichte als verloren gelten muß.

Hatte es bis dahin nicht wenige einzelne Verhaftungen jüdischer Bürger gegeben, oft aus nichtigen Gründen, seit den Nürnberger Gesetzen vor allem mit der barbarischen Angabe der »Rassenschande«, so inszenierte die Gestapo nach dem Pogrom eine Welle von Festnahmen. Sie lief mehrere Tage. Das Register des Polizeigefängnisses verzeichnet für den 10. bis 15. November mehr als 550 Menschen unter der Rubrik »Politisch, Jude«, »Sonderaktion« oder »Judenaktion«. Der Zugang war so groß, daß der Registerbeamte die Eintragungen in Gruppen außerhalb der chronologischen Folge vornahm. Anschließend kamen die Häftlinge in die städtische Arbeitsanstalt oder in das Obdachlosenasyl, die aber nur die Durchgangsstationen für den Transport in die Konzentrationslager bildeten. Der Bericht, den das Internationale Lagerkomitee von Buchenwald im Juni 1945 veröffentlicht hat, nennt unter den 10500 Juden, die »nach einer qualvollen Treibjagd von Weimar her« in jenen Novembertagen 1938 in das KZ kamen, ausdrücklich 270 aus Leipzig. [25] Die anderen sind nach Sachsenhausen und in weitere KZ gekommen. Die Verhaftungswelle war so angelegt, daß der Terror kaum eine Familie ausließ und das Ganze auf alle antifaschistisch gesonnenen Bürger einschüchternd wirken sollte. Der Älteste zählte 76 Jahre, die Jüngsten waren 19 Jahre alt. Die verschiedensten Berufe sind genannt: Kaufleute und Ärzte, Markthelfer, Mechaniker, Kürschner, Kontoristen, Zurichter, Sticker usw. Unter den Verhafteten waren die Rabbiner Gustav Cohn und David Ochs sowie der Verwaltungsleiter der Religionsgemeinde, der Jurist Fritz Grübel. [26] Einigen gelang es, nach Monaten wieder entlassen zu werden wie beispielsweise Hans Kroch, nachdem er die Zustimmung zur Arisierung seiner Bank gegeben hatte, oder Paul Bamberger, der dann in Taucha als Arbeiter eine Beschäftigung fand, bis er – von Berlin aus – während des Krieges deportiert wurde und irgendwo umkam. Zu emigrieren hatte er von sich gewiesen, und dazu wäre auch bis Kriegsbeginn kaum eine Chance gewesen. Fritz Grübel gelang es, nach England zu entkommen, bis er in die USA reisen konnte. Nur von den wenigsten finden sich Spuren ihres Schicksals.

In kurzer Zeit waren mindestens 6700 Juden von Leipzig vertrieben worden. Die forcierte Arisierung, die Polenaktion von Ende Oktober 1938, die Verhaftungen nach der Pogromnacht, die zweite Polenaktion – übrigens außerdem eine Deportation nach Wien/Dachau Ende November 1938, von der über die Namen hinaus gegenwärtig nichts Näheres bekannt ist, die aber sehr wahrscheinlich noch in den Zusammenhang des Pogroms gehört –, dazu das Verbot der Vereine bedeuteten für die verbliebenen Juden eine neue Lage. Sie waren nicht nur dezimiert, auch ihre Sozialstruktur war entscheidend verändert. Es existierte nur noch eine einheitlich pauperisierte Einwohnerschaft, die ihrer originären Organisationen beraubt, recht- und völlig wehrlos war. Ab Kriegsbeginn ähnelte ihre Lage Zwangsarbeitern, und von 1941 an war sie dem Massenmord ausgeliefert.

Hier stellt sich die Frage, wie die jüdischen Menschen reagiert, ob sie die Repressalien, den Terror einfach hingenommen oder auch Widerstand geleistet haben. Und parallel dazu gibt es die Frage nach dem Verhalten der anderen, so weit sie nicht an der Verfolgung, den Verbrechen aktiv beteiligt waren. Religiöse Intoleranz, Vorbehalte, Schikanen hatte jede Generation von Glaubensjuden erleben müssen. Anfangs, gleich nach 1933, könnte daher manchen die Verfolgung unter den faschistischen Machthabern als eine unter vielen in der jüdischen Geschichte vorgekommen sein, die man immer noch überstanden hatte. In den ersten Monaten gab es Illusionen, die sich im Gemeindeblatt als offiziellem Organ der Religionsgemeinde widerspiegeln, wenn auch zu bedenken ist, daß man sich nicht leichtfertig einem Verbot aussetzen wollte. Das festzustellen, kann kein Vorwurf sein, denn das Ausmaß der Barbarei ab dem Herbst 1938 und in der »Endlösung« vermochte sich 1933 sicher kaum jemand vorzustellen.

Die Religionsgemeinde war eine bürgerliche Organisation und legte Wert auf Legalität. Artikel ihres Gemeindeblattes zielten darauf ab, die Behörden der Loyalität zu versichern und die eigenen Mitglieder zu ermutigen. Im März 1933 gab es Sprachmuster, wie die, daß »keine Gefahr für Leib und Leben« bestehe und eine »Verständigung von Mensch zu Mensch« möglich sei. Bei aller gebotenen kritischen Sicht lassen Dokumente erkennen, daß die Hoffnung auf Besserung der Lage, Milderung durch »obere Instanzen«, auf keine Wiederholung von Boykottmaßnahmen noch länger vorhielt. Der »Arier-Paragraph« gelte ja nicht für die Wirtschaft, »man müsse abwarten, bis der Zeitpunkt gekommen sei, wo auch der neue Staat ... wieder zur Mitarbeit die Hand reiche«.

Andererseits werden antifaschistische Positionen deutlich. Es ist charakteristisch, daß gerade der »CV« gegen eine Hetzsendung des Mitteldeutschen Rundfunks im November 1933 Stellung bezog: »daß Deutschland in Barbarei und Mittelalter zurückgesunken ist.« Und es fanden sich Kräfte, die sich für eine »Mauer jüdischer Zusammenarbeit« stark machten. Charakteristisch dafür mutet ein Satz an,

der im Polizeibericht über eine Versammlung des Hilfsvereins der jüdischen Gewerbetreibenden von 1936 steht, wonach dort aufgefordert worden war, »daß die Juden heute mehr zusammenhalten müßten als es früher der Fall gewesen sei.« [27]

Alte Differenzen zwischen Liberalen und Orthodoxen, zwischen neu Zugewanderten und Alteingesessenen traten angesichts des gefährlichen Gegners ganz zurück. Es entstand eine Zusammengehörigkeit, die man als jüdische Renaissance bezeichnen kann. Entscheidend dafür wurden die Organisationen, auch wenn gleichzeitig die Nazis die Religionsgemeinde und die Vereine nutzen wollten, »um die Kontrolle über die Juden ausüben zu können«, wie es einmal im April 1938 geschrieben wurde. Im Unterschied zu KPD, SPD, KJVD, den Gewerkschaften und anderen Organisationen der Arbeiterbewegung, die bei der Machtergreifung der Nazis verboten wurden und gezwungen waren, unterdrückt, von Verhaftung bedroht in tiefer Illegalität zu arbeiten, waren – bis auf Ausnahmen – die jüdischen Organisationen bestehen geblieben. Die Nazis schienen sie zu tolerieren. Im Gegenteil, es entstanden neue. Für die reichlich fünf Jahre von 1933 bis Ende 1938 lassen sich in Leipzig über 70 Organisationen unterschiedlicher Größe nachweisen. Manche der jüdischen Vereine hatten Mitglieder auch aus weit entfernt gelegenen Städten, und in einigen Fällen hatten Leitungsgremien für Mitteldeutschland ihren Sitz in der Messestadt. Hinzu kamen Einrichtungen wie die Höhere Israelitische Schule, das Lehrhaus, das Eitingon-Krankenhaus, das Ariowitsch-Altersheim, ganz abgesehen von dem Zusammenhalt, den die beiden großen Synagogen und die von den Vereinen getragenen kleinen boten. Alle sahen nun ihre Aufgabe darin, sozialen Halt durch Organisiertsein zu vermitteln. Mitgliederwerbung und Zulauf waren daher nach 1933 viel größer als zur Zeit der Weimarer Republik. Zunehmend wurden die Organisationen zum Träger des Ringens um Selbstbehauptung.

Das galt wohl ausschließlich für Vereine, die im Rahmen der Religionsgemeinde bestanden. Für jene Menschen, die lange ausgetreten waren, für nichtjüdische Partner in »Mischehen«, solche, die der Verfolgung ausgesetzt waren, weil Eltern- oder Großelternteile jüdischer Herkunft waren, die oft zur jüdischen Religion und Lebensweise gar kein Verhältnis mehr hatten, die selber gar nicht Jude sein wollten – für sie gab es allenfalls am Rande Organisationsmöglichkeiten, Anlehnung. Und ihre Zahl war groß, sie läßt sich immer nur schätzen, aber sie muß wenigstens die Hälfte aller rassisch Verfolgten ausgemacht haben. Sie blieben oft ohne moralische Hilfe und Schutz, wie sie die Organisationen der Glaubensjuden zu vermitteln versuchten.

Eine der Säulen jüdischer Selbstbehauptung bildete der »Jüdische Kulturbund«, eine Kulturorganisation, die in Leipzig vier Jahre lang – bis zum Verbot nach dem Novemberpogrom – wie eine kleine Insel existierte, ghettoartig eingegrenzt und auf Schritt und Tritt überwacht. In Berlin war es den Nazis im Sommer 1933 zweckmäßig erschienen, den Jüdischen Kulturbund zuzulassen. Anders in Leipzig, wo noch am Jahresende »eine solche Gründung (als) z. Z. unerwünscht« galt, wie die Polizei wissen ließ. Die Aufführung von Lessings »Nathan der Weise« durch das Jüdische Theater in Berlin war die einzige in Deutschland zum 150. Jahrestag der Uraufführung gewesen. Die große Dichtung für Humanität und religiöse Toleranz wurde einst zum ersten Mal von der Neuberin nach Leipzig gebracht. Das Gastspiel in Leipzig – zum Politikum geworden – ließ sich erst nach mehreren Anläufen am 4. Februar 1934 durchsetzen. Dieses Ereignis und die Gründung der Ortsgruppe selbst, zu der es im Dezember 1934 kam, gestalteten sich zu Kraftproben. Die Zahl der Mitglieder – und nur diesen war der Veranstaltungsbesuch erlaubt – wuchs schnell auf 650. Sie erreichte 1936, vor der großen Emigrationswelle, mit 800 den Höhepunkt. Damit war die Leipziger Organisation mit der Berliner nicht vergleichbar, und sie war auch viel kleiner als der Kölner Kulturbund, der 1935 um die 3000 Mitglieder zählte. Den Vorsitz übernahm der namhafte Anwalt Conrad Goldschmidt, und zur Leitung gehörte die Pianistin Tanja Ury. Die Mehrzahl der Mitglieder dürften nach den erhalten gebliebenen Mitgliederlisten Intellektuelle und Angehörige der Bourgeoisie gewesen sein, die vermutlich zugleich das Programm finanzierten. Darüber hinaus wird es nicht wenige gegeben haben, die sich trotz ihres Interesses die Beiträge nicht leisten konnten.

Die Veranstaltungen waren monatlich. Es gab Konzerte mit Werken verfemter Komponisten, von Mendelssohn Bartholdy, Offenbach, Mahler; auch Werke von Mozart und Tschaikowski wurden aufgeführt. Allein Werke Mendelssohns zu bringen, war nach dem Abbruch des Denkmals ein politischer Akt. Kabarett- und Liederabende waren darunter. Jüdische Ensembles aus Hamburg und Berlin gastierten. Ein Chor aus Breslau sang jiddische Lieder. Es gab einen Kinderchor und ein eigenes Mendelssohn-Trio. Barnet Licht, seit 1925 Dirigent der Gemeindesynagoge, leitete eine Serie von Kammerorchester-Konzerten, so z. B. im Mai 1937 eines mit Werken von Händel, Vivaldi und Liszt im Battenberg-Theater. Zum 140. Geburtstag von Heinrich Heine wurde ein »Heine-Abend« veranstaltet.

Das war Pflege humanistischer Kultur inmitten des faschistischen Umfeldes. Den Nazis war diese Aktivi-

tät ein Dorn im Auge. Daß jede Veranstaltung genehmigt werden mußte, gab Gelegenheit zu fortwährenden Eingriffen. Der Weiße Saal des Zoos sowie das Künstlerhaus am Nikischplatz wurden für den Kulturbund gesperrt. Er vermochte daraufhin das Battenberg-Theater in der Tauchaer Straße zu übernehmen, das die letzten zwei Jahre das Veranstaltungszentrum bildete. Als ein Programm verboten wurde, wagte der Vorstand einen Protest: »Die Aufgabe sei, der jüdischen Bevölkerung einen seelischen Halt zu geben«, da ihr der Besuch anderer Veranstaltungen unmöglich gemacht sei. Ende 1935 widersetzte sich Goldschmidt, indem er eine Auflage der Polizei »als mit dem jüdischen Stolz nicht vereinbar« abwies und eine »Eigenständigkeit der jüdischen Kultur« betonte. Wie sehr das als antifaschistisches Handeln verstanden wurde, zeigt sich darin, daß die Gestapo den Vorsitzenden daraufhin zum Rücktritt zwang und der rührige Geschäftsführer im November 1938 unter den Häftlingen war, die ins KZ Buchenwald kamen. [28]

Als wichtiger Teil der Selbstbehauptung ist die Bildungsarbeit anzusehen. Die Verdrängung jüdischer Kinder aus den öffentlichen Schulen verlagerte den Schwerpunkt auf die Israelitische Schule. Bis zum Verbot des Unterrichts im Sommer 1942 war sie eine der insgesamt 14 höheren Schulen, die in Deutschland von jüdischen Organisationen getragen wurden. Hinzu kam die berufliche Umschulung, für die allein am Jüdischen Lehrhaus 29 Lehrkräfte unter schwierigsten Bedingungen tätig waren.

Als ein Beispiel der jüdischen Solidarität und zugleich des antifaschistischen Protestes ist beispielsweise eine kurze Anzeige zu nennen, die der »Verein polnischer Kaufleute und Gewerbetreibender« in der letzten Nummer des Gemeindeblattes, am 4. November 1938, publizierte. Er spricht einen besonderen Dank für Hilfeleistung aus: »Alle haben in diesen Tagen mehr geleistet als jemals verlangt werden konnte ...« Wofür gedankt wird, erfährt man aus dem Wortlaut nicht, aber gemeint ist die große Solidarität bei der Zwangsdeportation Ende Oktober. Das konnte, mußte auch nicht gesagt werden, denn das wußte zumindest von der Gemeinde jeder. Aufgesetzt wurde die Anzeige von den wenigen, die der Deportation zufällig entgangen waren oder es durch die Aktion des Generalkonsulats geschafft hatten, vorerst in Leipzig zu bleiben. Und es gehörte Mut dazu, sie zu veröffentlichen.

Zu den bedeutendsten jüdischen Widerstandsdokumenten, die es gibt und die in Polizeiakten überliefert sind als Beweis dafür, daß sie den Adressaten erreicht haben, gehören zwei Briefe vom 17. und 25. November 1938. In ihnen verlangten über 40 Juden polnischer Staatsbürgerschaft mit ihren Unterschriften die Wiederzulassung von Gottesdiensten in zerstörten und geschlossenen Synagogen, darunter der Tiktiner Synagoge. Auch sie werden der Deportation gerade noch entgangen sein, mußten sich durch den Pogrom und die Verhaftungswelle unmittelbar bedroht fühlen und hatten dennoch die moralische Kraft, gemeinschaftlich zu protestieren. Sie wußten, daß sie sich schlimmsten Repressalien aussetzten.

Es gibt auch nicht wenig Zeugnisse individueller Gegenwehr. Da weigerte sich eine Rentnerin, den Zusatznamen zu tragen. Sie wurde zu Haft verurteilt und danach der Gestapo übergeben. Ein Jude gab seinen Antrag auf die Kennkarte zu spät ab, um nicht in die Judenkartei zu gelangen. In zunehmendem Maße waren arbeitslos gewordene Juden, Rentner und Kranke auf Unterstützung angewiesen, die ihnen nur das Sozialamt der Religionsgemeinde oder ein Verein aus eigenen, immer kleiner werdenden Mitteln geben konnte. Schutz vor Entlassung, Vermittlung von Arbeit, Rat und Hilfe bei der Auswanderung gehören zur jüdischen Selbstbehauptung. Mancher der gepeinigten Menschen suchte – vor allem nach 1941 – schließlich den Ausweg im Selbstmord. Menschen, die sich in auswegloser Lage sahen, isoliert von allem, was der Mensch benötigt, um – und sei es auf primitivste Weise – eine Existenz fristen zu können, griffen zu diesem letzten Mittel. So schied beispielsweise 1939 eine alleinstehende, alte Frau aus dem Leben, da sie im Altersheim am Nichtariertisch zu sitzen gezwungen wurde. Und ein Ehepaar und die Schwester der Ehefrau begingen Selbstmord wenige Tage vor ihrer Deportation, die für den 18. September 1942 angesetzt war.

Über die Teilnahme von Juden an dem von der KPD geführten antifaschistischen Widerstandskampf gibt es wenige, aber sehr bedeutsame Zeugnisse. In Leipzig bestand keine solche jüdisch-kommunistische Organisation, wie sie in Berlin mit dem Namen von Herbert Baum verbunden ist. Aber 1933/34 gab es eine Reihe junger Menschen, die – damals um die 20 Jahre alt – als Angehörige von KJVD oder SAJ, als Kommunisten, Sozialdemokraten oder auch Parteilose im Kampf standen und Juden waren. Noch in der Schulzeit mit sozialistischen Ideen bekannt geworden, im Sozialistischen Schülerbund gewesen, wandten sie sich gegen Terror und Kulturbarbarei des Hitler-Systems. Ihr Widerstand ordnete sich der Führung durch den illegalen KJVD in der Stadt zu. Die Gruppe Stadtteil Zentrum arbeitete unter Leitung von Erica Gottschalk, die – Tochter eines jüdischen Rechtsanwaltes – in der Buchhandlung Harrassowitz tätig war, da ihr 1933 ein Studium versagt blieb. Als Verbindungsmann zur illegalen Bezirksleitung fungierte Alfred Gerst, der nach dem Besuch der Nikolaischule – 1933 wegen des Arier-Para-

graphen als Verkäufer im Kaufhaus Althoff entlassen – eine Lehre als Autoschlosser begann. Noch zwei weitere Mitglieder der zwanzigköpfigen Organisation waren jüdischer Herkunft. Die Gruppe war am Vertrieb antifaschistischer Druckschriften in Betrieben beteiligt, so bei »ATG«. Zu nennen sind das Flugblatt »Deutsche Arbeiter«, das die Mißhandlung und Ermordung von Kommunisten anprangerte, oder jenes unter dem Titel »Der 1. Mai bleibt rot«, das sie Ende April 1934 auf der Kleinmesse einsetzten. »Helft mit am Sturz der Henkersknechte des Proletariats!« war ein anderes, das ihnen die Anklage vor dem Oberlandesgericht zur Last legte. Und die Gruppe war beteiligt an der Gründung von Betriebszellen. Beim Zusammentreffen in einem Gartengrundstück wurde sie im Juni 1934 von Nachbarn denunziert.

Erica Gottschalk hatte acht Monate Untersuchungshaft hinter sich, als sie wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« eine der höchsten Strafen, 3 Jahre Zuchthaus, erhielt. Am Ende dieser Haft heißt es in der Zuchthausakte von Waldheim: »Sie ist eine verbissene, hartnäckige Kommunistin. Verhängung von Schutzhaft im Anschluß an die Strafhaft erscheint in jedem Falle angebracht.« Als sie von einem Genossen einen Brief erhielt, der ihr deutlich Mut zusprechen wollte, wurde das als »hochverräterisches Unternehmen« und für eine Anklage reif erklärt. Egon Rentzsch wurde – wegen des Briefes – in das KZ Sachsenburg gebracht. Alfred Gerst ging in den Widerstand, obgleich sein Bruder Georg schon im August 1933 verhaftet worden war. Über diesen ist überliefert, daß er im Alter von 15 Jahren im Deutsch-Jüdischen Jugendverein an Veranstaltungen teilgenommen hatte, auf denen u. a. das Kommunistische Manifest behandelt worden war. Im Jahre 1930 dem KJVD beigetreten, war Georg Gerst im Mai 1933 beauftragt worden, die Jugendorganisation der KPD im Gebiet Plauen wieder aufzubauen. Im Urteil stand, daß er dort »während längerer Zeit eine außerordentlich umfangreiche Tätigkeit entwikkelt« habe.

Das Urteil gegen Alfred Gerst lautete: 3 Jahre und 9 Monate Zuchthaus. Ein Brief an die Mutter wurde nicht weitergeleitet und ist dadurch erhalten geblieben. In ihm steht: »Ich bin nun leider Jude. Das darf ich nie vergessen. Erstens steht's an meiner Tür (der Zelle) und zweitens gibt es sogar Beamte, die mich so anreden...« Es gab keine Schikane, der er nicht ausgesetzt war. Und er blieb ungebrochen. Am Ende der Haftzeit in Waldheim wird ihm durch einen für die Gestapo bestimmten Vermerk bescheinigt: »Heute noch unverbesserlicher Kommunist.« Die Religionsgemeinde identifizierte sich mit ihm. Ephraim Carlebach und Rabbiner Ochs standen in Verbindung zu Alfred Gerst, der versuchte, Hebräisch zu lernen, um sich auf eine Emigration vorzubereiten, für die sich das Sozialamt der Religionsgemeinde umsichtig einsetzte. Es war schon der Paß ausgestellt, aber die Gestapo lehnte ab. Der junge Kommunist wurde über die Haftzeit hinaus festgehalten und schließlich 1939 ins KZ überführt. Seine Spur endet in Sachsenhausen, wo er 1942 ermordet wurde.

Während Erica Gottschalk die Emigration nach Schweden gelang, wurde ihr Bruder Hermann am 20. Oktober 1937 in Dachau umgebracht. Er hatte 1933 das Studium beendet, aber seine eingereichte juristische Dissertation akzeptierte an einer Universität, wo schon 1932 faschistische Kräfte die Oberhand bekommen hatten, niemand mehr. Nur wenig dokumentarische Spuren über ihn sind erhalten geblieben; sie unterstreichen aber den Rang seiner konspirativen Arbeit. Und zwei Schulaufsätze – er war Primus omnium des Albert-Gymnasiums –, darunter einer über das Frankfurter Parlament und Robert Blum, den er 1926 geschrieben hat, deuten den sozialistischen Humanismus in der Motivation zu seinem politischen Handeln an. Gleich Hermann Ley – er und andere gehörten derselben Gruppe an – kam auch Hermann Gottschalk vermutlich aus dem Sozialistischen Schülerbund. Der Gestapo in die Hände gefallen, verhängte das Oberlandesgericht im November 1934 nach fast einem Jahr Untersuchung wegen »gemeinschaftlicher Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens« ein Urteil von über zwei Jahren Zuchthaus über ihn. Als einziger der Gruppe mußte er den Weg ins KZ antreten, der mit seiner Ermordung endete. Viel spricht dafür, daß von allen Leipziger Juden im Widerstandskampf ihm die meiste Aufmerksamkeit gebührt. [29]

Noch andere Widerstandsaktionen sind belegt. So stand 1937 Max Jaffe, der Vorsitzende der Leipziger Ortsgruppe der jüdischen Lehrervereinigung für Sachsen, vor dem Sondergericht Freiberg. Ihm wurde die Zugehörigkeit zum KJVD vorgeworfen. Von demselben Gericht wurde Anfang 1938 Max Moses aus Grimma wegen »staatsfeindlicher Äußerungen« nach dem sogenannten Heimtückegesetz verurteilt. Er lebte seit 1908 in Grimma und betrieb einen Laden. Noch im Juni 1938 kam er nach Sachsenhausen, wo er wenige Wochen später »starb«. Oder im Juni 1939 verzeichnet der Bericht eines Leipziger Abschnittskommandos der Polizei das »versuchte Herabreißen einer Hakenkreuzfahne durch einen Juden«, ohne daß bislang Näheres zu ermitteln ist. An dieser Stelle ist hinzuzufügen, daß Ende 1944 Alfred Menzel zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt wurde, wobei vermutlich mitgespielt hat, daß der Gelehrte, obgleich Nicht-Jude, viele Jahre an der Höheren Israelitischen Schule als Lehrer tätig war, bis

er Ende 1938 gezwungen wurde, dort aufzuhören. Noch 1945 wurde er zum Professor an der Universität berufen.

In adäquater Weise stellt sich die Frage nach Solidaritätsbeweisen für die Juden außerhalb ihres eigenen Umfeldes. Wahrscheinlich entzieht sich diese Problematik weitgehend der schriftlichen Überlieferung; meist nur, wenn Repressalien dokumentiert sind. Das ist in einer Akte mit Kurzberichten mehrerer Polizeireviere für den Monat November 1938 der Fall. Dort wird immerhin soviel zugegeben, daß im Polizeirevier Leipzig-Mitte in der Pogromnacht nahezu 200 Geschäfte, 34 Wohnungen und sieben Synagogen zerstört wurden. In diesem Zusammenhang wird eingeräumt, »daß das Vorgehen gegen das Judentum ... von den Volksgenossen teils begrüßt, teils aber auch vorsichtig kritisiert und verurteilt« wurde, daß es »wegen mißliebiger Äußerungen über Maßnahmen gegen Juden« zu Verhaftungen kam. Einzelne Äußerungen der Solidarität mit den jüdischen Menschen wurden wörtlich festgehalten. Ein Schlosser hat vor einem Judengeschäft geäußert: »Daß nennt sich Zivilisation, das nennt man Kultur«. Ein anderer Arbeiter sagte vor einem demolierten Geschäft: »Das waren Bubenhände ...« Allein für den 10. November sind 16 Verhaftungen wegen politischer Äußerungen belegt, und der zusammenfassende Bericht für den ganzen Monat nennt über 100 Festnahmen aus politischen Gründen. Sehr wahrscheinlich galten die Festnahmen solchen Menschen, die den Mut aufbrachten, ihren Abscheu demonstrativ zu äußern. [30]

In Dokumenten der Schulbehörde ist zu dieser Zeit von einer Lehrerin die Rede, die während einer »Judenaktion« ihrer solidarischen Haltung mit den Verfolgten Ausdruck gab und deshalb angezeigt wurde. In Übereinstimmung mit den Dokumenten lassen Auskünfte von Zeitzeugen erkennen, daß es inmitten der oft von Hakenkreuzfahnen gespickten Stadt durchaus einzelne Menschen gab, die verfolgten jüdischen Mitbürgern halfen, ihnen – trotz der Gefahr, der sie sich aussetzten – Arbeit vermittelten, Unterkunft gewährten, mit Lebensmitteln beistanden. Ende 1944 gelang es sogar von Leipzig aus, eine Schwester von Erica Gottschalk aus dem KZ Stutthoff bei Danzig zu befreien. Wenn Anfang 1939 die Berner Konferenz der KPD dazu aufrief, die jüdischen Mitbürger moralisch und materiell nach Kräften zu unterstützen, an alle Antifaschisten in Deutschland appellierte, »der erbärmlichen Judenhetze des Regimes nicht die geringsten Konzessionen (zu) machen«, sondern überall dagegen aufzutreten, dann stimmte das mit dem tatsächlichen Verhalten von Antifaschisten an einem der Brennpunkte im Reich überein.

Ein immer größeres Gewicht erhielt die Auswanderungsfrage. Sie hat wohl alle als Juden Verfolgten schon ab 1933 bewegt. Fünf Jahre später erhielt sie existentielle Bedeutung. Die Mitglieder der Religionsgemeinde wie die Menschen, die sich längst vom Glauben ihrer Väter losgesagt hatten, gar nicht mehr sein wollten, was man ihnen vorwarf, fühlten sich in Deutschland keineswegs im Exil, und sie waren Leipzig eng verbunden. In der großen Handelsmetropole hatten sie als Kaufleute einst nichtjüdische Partner gefunden. Seit einem Jahrhundert waren viele in neue Berufe eingetreten. Nichts lag näher, als daß sie ihr Heimatrecht verteidigten. Gerade der »CV«, dessen Ortsgruppe Ende 1934 über 400 Mitglieder zählte, dem aber noch andere Vereine nahestanden, trat zunächst entschieden für den Verbleib ein und stellte sich gegen die Politik der Vertreibung. Er war schon bei der Gründung seiner Leipziger Organisation mit dem Ziel angetreten: »Es ist die Pflicht aller Juden, ihre Stellung im deutschen Vaterland durch eigene Kraft zu wahren.« Sie sollten die »ihnen durch Gesetz und Verfassung verbrieften Rechte verteidigen«. Die »Wahrung staatsbürgerlicher und gesellschaftlicher Gleichstellung« schloß die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und den Kampf gegen den Antisemitismus, die »Rassenfrage, den Wahnsinn der Blutsgemeinschaft« ein. Auf einer Versammlung im Februar 1934, an der etwa 500 Personen teilnahmen, fiel – nach dem Wortlaut des Polizeiberichts – der Satz, daß »die deutschen Juden Deutsche sind und Deutsche bleiben wollen«, auch wenn schon viele ausgewandert seien. »Hier sind wir, und hier müssen wir leben.« Man verwies auf die ungünstigen Verhältnisse in Palästina, den mangelnden Realismus der zionistischen Ziele und meinte, noch abwarten zu sollen. Tatsächlich tasteten die Nazis die rein ökonomischen Positionen der Juden anfangs wenig an. So mag es verständlich sein, daß z. B. der Verein selbständiger jüdischer Handwerker – in ihm waren 88 Firmen organisiert – noch im November 1935, schon nach den Nürnberger Gesetzen, meinte: »Für uns, die wir schon lange hier sind, ist es nicht schlecht, daß man uns duldet und zum Teil auch gesetzlich schützt. Aber für unsere Kinder wird es schlecht ...«

Demgegenüber sprachen die Zionisten vom Fehlschlag der Assimilation und begannen, die totale Abwanderung selbst zu propagieren: »Die Liquidation kann und muß durchgeführt werden.« Ihre Versammlungen bekamen allmählich Zulauf. Ein Tonfilm über Palästina im Juni 1935 im Kino »Alberthalle« hatte 3000, ein anderer im Mai 1937 750 Besucher. Die Mitgliederzahl der Zionistischen Vereinigung Leipzigs stieg bis Mai 1938 auf 1200, wobei sich viele davon eine Auswanderungshilfe versprochen haben werden.

Gleich nach 1933 war der Weg in einige europäische Länder noch relativ leicht zu finden. Doch kam es dann zu Einwanderungsschranken. Und im Sommer 1938 mußte ein Sprecher des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten aussprechen, daß sich »die jüdische Einwanderung in westeuropäische Staaten zu einer Tragödie entwickelt« habe und man ganz auf Übersee angewiesen sei. Die Beschwichtigungs-Politik der englischen Regierung gegenüber Hitler-Deutschland und die Arbeitslosigkeit im Inneren führten dazu, daß sich Großbritannien sehr abweisend verhielt. Für Palästina bediente sich die britische Mandatsverwaltung einer Quotenregelung, wobei Beruf und Vermögen ausschlaggebend wurden. Die Einwanderung unterlag der Kosten-Nutzen-Relation. Die Leipziger Dokumente zeigen, daß die Auswanderung 1936 anstieg und nach den Oktober- und Novemberereignissen 1938 in eine Flucht umschlug. Aber auch dann war sie von der sozialen Stellung abhängig. Die »Könige des Brühl« konnten eine Geschäftsreise nutzen, um von ihrem Leipziger Büro in das New Yorker oder Londoner zu wechseln. Die alte Firma am Ort behandelten sie als Filiale, solange sie sich – bis Kriegsbeginn als ausländisches Eigentum begünstigt – halten ließ.

Wer in Palästina ein hohes, selten erschwingliches Vorzeigegeld in Devisen aufzuweisen hatte, war von der Quotenregelung ausgenommen. Dem einfachen oder inzwischen pauperisierten Juden war es dagegen nur mit Hilfe von außen möglich, Deutschland zu verlassen, denn die Reisekosten waren in Devisen zu begleichen, es gab zu wenig Schiffspassagen, lange Wartezeiten, und er sah sich großen bürokratischen Schikanen ausgesetzt. In nicht wenigen Fällen zog sich die Ausreisevorbereitung über ein und zwei Jahre hin, wobei die faschistischen Behörden andererseits auch kurz befristete Ausweisungen verfügten. Da innerhalb der knappen Frist weder Geld noch Papiere zu beschaffen waren, mußte um Verlängerungen der Fristen gerungen werden.

Die zahlreich belegten Einzelschicksale unterscheiden sich nur sehr wenig. Einige Beispiele seien ausgewählt. In Palästina waren bestimmte Berufe für die Einwanderung gesperrt, andere aber – wie z. B. Bauberufe – gefragt. So lernte ein jüdischer Uhrmachermeister Maurer, bekam 1935 die Einreise und beabsichtigte, später dort wieder in seinem ursprünglichen Beruf tätig zu werden. Der Inhaber eines Kürschnergeschäftes wollte im März 1938 nach Polen emigrieren. An der Grenze aufgehalten, versuchten Devisenvergehens angeklagt, erhielt er drei Jahre Gefängnis. Am Ende der Haftzeit – es war schon Krieg – betrieb er seine Auswanderung nach Siam. Die Gestapo schrieb aber an das Paßamt, er werde nach der Entlassung »in Schutzhaft genommen werden«. Vom März 1941 datiert ein Vermerk: »K. wurde der Gestapo zugeführt«, im Mai 1941 folgt: »K. zur Zeit im Polizeigefängnis Leipzig zwecks Überführung in ein Schutzhaftlager.« Auf dem gleichen Blatt steht schließlich: »9. 9. 41 in Weimar †«. Gemeint ist seine Ermordung in Buchenwald. Ein anderer wurde Ende 1935 der »Rassenschande« bezichtigt und in »Verwahrhaft« genommen. Aus der Religionsgemeinde war er schon 1919 ausgetreten, hatte am ersten Weltkrieg teilgenommen und sogar Auszeichnungen erhalten. Das »Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes...« diente dazu, den Witwer wegen der mehrjährigen Freundschaft zu einer »arischen« Frau, die gleichfalls verhaftet wurde, zu Gefängnis zu verurteilen. Vergebens bemühte sich der Sohn lange Zeit um eine Emigrationschance für den Vater; sie scheiterte am Geld. Der Vater kam nach Sachsenhausen. 1941 teilte die Gestapo mit, daß er in Dachau »an Versagen von Herz und Kreislauf bei Lungenentzündung« gestorben sei. Das war die Umschreibung für den Tod in der Gaskammer.

Eine 1917 geborene junge Frau, »Mischling ersten Grades«, Buchhalterin, zuletzt als Schneiderin untergekommen, erhielt noch im Juni 1939 einen Paß für die Reise nach Ungarn. Sie kehrte aber zurück, der Paß wurde eingezogen. Im Herbst 1941 verhaftet, gehörte sie zur ersten Deportation in das Todeslager Riga und kam im Herbst 1944 im KZ Stutthoff um. Jakob Hegner, der seinen 1912 in Dresden-Hellerau geschaffenen Verlag 1930 nach Leipzig verlegte, mußte 1936 weichen, gründete aber einen neuen Verlag in Wien. Nach der Okkupation Österreichs verhaftet, glückte es ihm, den faschistischen Machtbereich zu verlassen und nach England zu gelangen. Dagegen geriet Henri Hinrichsen, der bis 1938 an der Spitze von Edition Peters, des bekannten Musikverlages, stand, in den Niederlanden, wohin er emigrieren konnte, während des Krieges erneut in die Hände der SS, wurde nach Theresienstadt deportiert und ist dort umgekommen. [31]

Ab Ende 1935 orientierten notgedrungen eigentlich alle jüdischen Organisationen auf die Auswanderung. Sie wurde zum wichtigsten Bestandteil der Selbstbehauptung. Bildungskurse am Jüdischen Lehrhaus in Leipzig – einer Art Volkshochschule – bereiteten auf Fremdsprachen, handwerkliche und auch landwirtschaftliche Berufe vor und bewältigten damit eine große Umschulung. Die jungen Menschen vermochten sich etwas leichter von Leipzig zu trennen. Sie gingen zuerst. Der Lebensbaum der jüdischen Einwohner Leipzigs verschob sich durch die Auswanderung drastisch zu einem Überwiegen der älteren Generation. Genaue Zahlen über die Auswanderung sind selten. Belegt sind mindestens 800 Palästina-Auswanderer von 1933 bis September

1935, was vielleicht der Hälfte der Gesamtauswanderung entsprochen haben wird. Diese Zahl war ungefähr deckungsgleich mit der Zuwanderung aus kleineren Orten in die Großstadt, wo sich jüdische Menschen den Diffamierungen weniger ausgesetzt glaubten. Mit Kriegsbeginn kam die Auswanderung fast, 1941 durch den Überfall auf die Sowjetunion völlig zum Erliegen. Zurück blieben vor allem Alte und Kranke, Arme, solche ohne ausländische Verbindungen, denen das Risiko eines Neuanfangs in der Fremde ebenso groß erschien, wie der Verbleib, oder deren Bemühungen einfach zu spät kamen, an der Bürokratie scheiterten, vom Kriegsbeginn durchkreuzt wurden.

Für Leipzig gibt es keine so bekannten Publikationen wie beispielsweise das Tagebuch der Anne Frank oder wie für Dresden die Memoiren von Lea Grundig und »LTI« von Victor Klemperer. Aber der Erinnerungsbericht von Gerda Gottschalk ist ihnen an die Seite zu stellen. Er schildert Kampf und Schicksal einer Familie, die Deportation zweier Schwestern nach Riga und ist bewegendes Zeugnis des Ringens um Selbstbehauptung unter den Bedingungen des Vernichtungslagers 1942–1944. Ihm kommt eine besondere Stellung zu, weil er zugleich von der Rettungsaktion berichtet, die von Leipzig aus über Danzig unternommen wurde, bis zu einem Bauernhof in der Umgebung des KZ Stutthoff reichte und schließlich erfolgreich war. [32]

Vor dem Einsetzen der letzten Deportationskette brachte das Jahr 1939 neue Repressalien. Inmitten antisemitischer juristischer Handhaben und administrativer Maßnahmen erschien am 30. April 1939 das Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden. Auf dem Hintergrund des Pogroms hatte die Stadtverwaltung Leipzigs erneut vorgegriffen und noch Ende 1938 begonnen, »gegen alle jüdischen Mieter in stadteigenen Wohnungen« vorzugehen. Auf Grund des Gesetzes wurden nun die »Judensachen« mit dem »Amt zur Förderung des Wohnungsbaues« gekoppelt. Wie sich Jahre zuvor das Rasseamt unter dem unscheinbaren Schild des Gesundheitswesens ausgebreitet hatten, entstand unter dem zivil anmutenden Namen eine neue, zentrale Mordbehörde für die Stadt. Später hieß es, dem Amt in der Harkortstraße 1 sei u. a. die »Überwachung der in der Abwicklung begriffenen oder aufzulösenden Gewerbebetriebe, Arbeitseinsatz der durch die Aufgabe der Gewerbebetriebe freigewordenen Juden ... und dann seit Beginn des Krieges Belieferung der Juden mit besonders gekennzeichneten Lebensmittelkarten ...« übertragen, wobei neben dem Abschluß der Arisierung die »Bearbeitung der Mietangelegenheiten der Juden« im Vordergrund stand. Das aber bedeutete in Wirklichkeit: Exmittierung, Ghetto und Vernichtung.

Nach der zweiten Polenaktion zählten die Berichte der Nazis im Frühsommer 1939 noch etwa 6000 als Juden verfolgte Menschen in der Stadt. Innerhalb kurzer Zeit wurden zahlreiche Familien in »Judenhäusern« in der Gegend der Humboldtstraße, Packhof- und Keilstraße – westlich des Hauptbahnhofs – zusammengepfercht, wo eine Art Ghetto entstand. Es gab Familien, die mußten in einem Jahr siebenmal umziehen. Im Amt hing ein Stadtplan, auf dem mit Stecknadeln das Schrumpfen der »jüdischen Wohnungen« verzeichnet war. Und im Dezember 1939 meldete das Amt, der Westen Leipzigs sei »fast völlig von Juden freigemacht. Zur Zeit wird der Leipziger Norden, Süden und Osten freigestellt«. An der Spitze stand mit Botho Furch einer der prominenten Nazis, NS-Ortsgruppenleiter für das Zentrum und zugleich Beauftragter für den »Osteinsatz«. Er war der Eichmann von Leipzig.

Durch den Kennkartenzwang ab Juli 1938 und dann durch die gesonderte Ausgabe der Lebensmittelkarten gab es eine geradezu totale Erfassung. Jüdische Familien durften nur in bestimmten Geschäften einkaufen. Der Stammabschnitt der Karten wurde mit einem »J« versehen, bald darauf jeder einzelne Abschnitt. Das ist offenbar in Leipzig erfunden worden. Hinzu kam die Kennzeichnung der Menschen selbst mittels einer Armbinde, ab 1941 mit dem Judenstern. In einem Bericht der NS-Kreisleitung Leipzig über allgemeine Maßnahmen gegen Juden vom 16. Dezember 1939 ist von der Abstempelung der Lebensmittelkarten die Rede, wobei erklärt wird: »Im Interesse einer gleichmäßigen Handhabung wäre es deshalb zu begrüßen, wenn im ganzen Reich eine einheitliche Regelung ... eingeführt würde.« An der gleichen Stelle ist von der Armbinde die Rede. Es heißt: »Ein großer Nachteil besteht noch darin, daß die Juden nach außen hin nicht als solche gekennzeichnet sind. Man müßte sie kennzeichnen, etwa durch Armbinden.« Bestimmte Lebensmittel wurden dann jüdischen Menschen überhaupt vorenthalten. Ab 1942 gab es keine Fleischzuteilung mehr, bei Gemüse nur noch minderwertige Ware, d. h. den Abfall aus anderen Verkaufsstellen, für Kinder nicht einmal mehr Magermilch.

So war die physische Vernichtung schon vor der Deportation angelegt. Daß die Zahl der jüdischen Einwohner bis Ende 1941 auf etwa 2500 sank, ist auf die Praktiken des Amtes, einzelne Verhaftungen und Überführungen in KZ zurückzuführen, die den Tod der Häftlinge zur Folge hatten. In einem Bericht an den Gauleiter von Sachsen, Mutschmann, spricht Furch von seiner Methode des »sehr eingehenden und energischen Anfassens dieser Arbeiten«. Zur Arbeitsweise des Amtes gehörte es, eine aus ihrer Wohnung vertriebene jüdische Familie z. B. in eine

Leichenhalle einzuweisen. Es ist ein Brief Furchs erhalten geblieben, in dem er eine Familie, auf die das Gesetz über die Mietverhältnisse wegen sogenannter Mischehe nicht zutraf, aufforderte, trotzdem in ein »Judenhaus« umzuziehen, andernfalls müßte er sie durch »staatspolizeiliche Mittel zur Respektierung von behördlichen Anordnungen anhalten«. Aber zuvor hatte er der Gestapo Mitteilung gemacht, die Familie in »geeigneter Weise zu belehren« – der Ehemann wurde verhaftet. In einer Zuarbeit Furchs für die Neujahrsrede des Nazi-Oberbürgermeisters Freyberg von Ende 1941 heißt es: »Die Juden wurden weiter zusammengedrängt, so daß folgende Grundstücke im Jahre 1941 judenrein wurden: ... Diese Freistellung war nur dadurch möglich, daß die jüdischen Altersheime sehr stark und die Schule, so weit sie nicht für schulische Zwecke benötigt wird, belegt wurden. Jetzt noch 43 Judenhäuser. Sehr sparsam verfahren bei Zuteilung von Kohle und Rasierseife, Nährmittel. Den Arbeitseinsatz forciert. Jetzt etwa 800 Juden in Arbeit (Wäscherei, Rauchwarenzurichterei, Müllabfuhr ...). Seit Oktober 1941 Kenntlichmachung durch Judenstern. Benutzung der Straßenbahn ab 1. 11. 1941 grundsätzlich bis auf geringe Ausnahmen untersagt.«

Längst waren jüdischen Menschen Führerschein und Telefon weggenommen worden. Wer ein Klavier oder ein Radio besaß, mußte es abliefern. Wohnungen, Unterkünfte waren mit dem Judenstern zu kennzeichnen. Ärzten nahm man die Approbationsurkunden ab, so daß z. B. eine ehedem namhafter Leipziger Zahnarzt als »ungelernt« galt und ohnehin als Hilfsarbeiter beschäftigt wurde. Das Eitingon-Krankenhaus war schon Ende 1938 auf »direkte Anordnung des Reichsstatthalters« geräumt und innerhalb von Stunden nach Leipzig-Dösen verlegt worden. Zwei jüdische Ärzte – unter der Bezeichnung »Krankenbehandler« – und anderes Personal blieben bei den Kranken, die in einer Art Baracke unterkamen, mit einer Bretterplanke gegenüber den anderen Klinikgebäuden abgegrenzt. Um das anzuordnen, erschien im Januar 1940 eigens der sächsische Innenminister. Im Zuge der Deportationen wurde Ende 1943 auch diese Unterkunft geräumt, ohne daß etwas über das Schicksal der Menschen erkennbar ist. [33] Das Ariowitsch-Altersheim in der Auenstraße wurde ebenfalls aufgelöst, das Gebäude der Gestapo übergeben. Die Höhere Israelitische Schule mußte im Juni 1942 schließen, jüdische Kinder erhielten danach überhaupt keinen Unterricht mehr. Über die Lage jüdischer Arbeiter in der Stadt ist kaum etwas Näheres dokumentiert. Wir wissen nur, daß 1939 die Leipziger Baumwollspinnerei 50 Jüdinnen in den Betrieb übernahm, die wie Zwangsarbeiter behandelt und von der Belegschaft völlig isoliert wurden.

Im Januar 1942 begannen die Transporte. Der erste, der die Stadt am 21. Januar, einen Tag nach der Wannsee-Konferenz, verließ, traf 715 Personen. Das war ein Drittel der zu dieser Zeit noch in Leipzig lebenden Juden. Die Turnhalle der Israelitischen Schule diente als Durchgangslager. Das Ziel war Riga. Der Zug nahm in Dresden weitere 300 Menschen auf. Die von der SS bewachten und überfüllten Waggons blieben verschlossen und in der Winterkälte ungeheizt. Es mangelte während der mehrtägigen Fahrt nicht nur an Lebensmitteln, sondern auch an Trinkwasser. Das Lager war nach der Okkupation der Lettischen SSR im Juli 1941 gebildet worden, als die Verfolgung der Juden des Landes begann. Um für die im Januar aus Deutschland ankommenden Transporte gleichsam Platz zu schaffen, wurden einige Wochen vorher von der SS über 30000 Menschen, der größte Teil der Lagerinsassen, in einem benachbarten Wald erschossen. [34]

Aus Leipzig sind neun Deportationen in solche Vernichtungslager nachweisbar, mit denen insgesamt 2235 Menschen verschleppt worden sind. Von ihnen wurden über 2000 ermordet. Auch die Mutter von Alfred Gerst gehörte zu dem Riga-Transport, und sie zählt zu den Toten des Lagers. Ihren Mann, Bruno Gerst, hatten die Nazis ähnlich verfolgt wie die beiden Söhne. Er war vom Sondergericht Freiberg zu Gefängnis verurteilt worden, hatte aber Anfang 1939 wahrscheinlich die Möglichkeit, nach Südamerika zu emigrieren. Es ist anzunehmen, daß die Mutter ihres Sohnes Alfred wegen zurückblieb, für den die Emigration damals schwebte. Zu der zweiten Leipziger Deportation, als deren Ziel Belzyce bei Lublin angegeben ist, gehörten übrigens auch Altenburger Juden. Von ihnen gelangten spärliche Nachrichten in die Heimat. Sie besagten, daß Paul Cohn aus Altenburg in einem Arbeitskommando erschossen, auch drei weitere, darunter zwei Frauen, gleich bei der Ankunft erschlagen worden sind.

Zwei Transporte mit zusammen etwa 360 Personen gingen »nach Osten«. Es muß angenommen werden, daß Trostinez bei Minsk das Ziel war und sie bei der Ankunft einer Massenexekution der SS zum Opfer fielen, wie das für Transporte aus Theresienstadt mit derselben Zielbezeichnung festgestellt wurde. Lager wie Riga und Theresienstadt galten nur als »vorläufige Maßnahme«. Die Sprachregelung der faschistischen Dokumente gebrauchen »Ansiedlung« oder »Umsiedlung« für Exekution, »Siedlungsgelände« als Stätte der Erschießung. So sind auch die drei Transporte aufzufassen, die Leipzig 1942/43 in Richtung Theresienstadt verließen. Andere kleineren Umfangs gingen nach Dachau, Buchenwald, nach Auschwitz usw. Unsere Kenntnis über das Schicksal dieser Menschen bricht bis auf wenige

Ausnahmen mit dem Tag der Verschleppung ab. [35]

Aus den vorhandenen Dokumenten über die Vorbereitung der Deportationen sei eines herausgegriffen: der Furch-Brief vom Juli 1942. Botho Furch war bis Mai 1942 in der Stadtverwaltung, wechselte dann aber nach Riesa und wurde dort amtierender Bürgermeister. Von da aus schrieb er im Juli 1942 einen Privatbrief an den Leipziger Oberbürgermeister über Verschleppungen nach Theresienstadt. Er berichtet, daß er sich noch eingeschaltet und bewirkt habe, daß am 13. Juli – am Tag, bevor er den Brief schrieb – 170 Menschen deportiert wurden, nennt seine Verbindung zur Gestapo, seinen Einsatz für den schnellstmöglichen Abtransport der restlichen – vorwiegend alten – Menschen. Es geht um den Treibstoff und um das Freiwerden von Häusern im Ghetto unweit des Hauptbahnhofes. Der Brief ist ein Schlüsseldokument des Verbrechens.

Aber die entsetzlichen Taten der Leipziger Nazis blieben nicht auf die Stadt beschränkt, wie der 1949 vor dem Landgericht durchgeführte Kamienna-Prozeß bewiesen hat. Er galt den Verantwortlichen des Hasag-Konzerns, des berüchtigtsten unter den Leipziger Rüstungsunternehmen. Der Hugo Schneider AG waren Ende 1939 die unversehrt gebliebenen Munitionsfabriken in Kamienna zugefallen. Während die polnische Belegschaft zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschickt wurde, hat die Werkleitung die Arbeitsplätze mit 2000 Juden aufgefüllt, die von SS-Horden in der Umgebung zusammengetrieben wurden. Unter Bedingungen, die an Sklaverei erinnern, erreichte die Hasag das Fünffache der vorherigen Produktion. Da zu jeder Zeit Nachschub an Arbeitskräften aus der jüdischen Bevölkerung zu bekommen war, wurden entkräftete Männer und Frauen durch Selektionen ausgesondert und – wie bei Riga und anderswo – an Massengräbern erschossen. [36]

Von Leipzig fuhr der letzte Transport am 14. Februar 1945 nach Theresienstadt. Damit schien die »Endlösung« erreicht. Glücklicherweise war es diesen Menschen vergönnt, bald darauf von der Sowjetarmee befreit zu werden und zurückkehren zu können.

Über die Geschichte der Juden in Leipzig, ihre Verdienste um Wirtschaft und Kultur der Stadt, war lange Zeit wenig bekannt. Es konnte sogar der Eindruck entstehen, als würde sich das dunkelste Kapitel der Stadtgeschichte – die Jahre der Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung – nie ganz aufhellen lassen. Denn am Ende ihrer Herrschaft waren die Nazis nicht ohne Erfolg bemüht, die Spuren ihrer Verbrechen unkenntlich zu machen. In den Archiven und darüber hinaus war es dennoch möglich, wichtige originale Quellen für eine geschichtswissenschaftliche Auswertung zu erschließen. Auf diese Weise zeichnen sich nicht nur die Größe und die wechselvollen Geschicke jüdischer, die Messe besuchender Kaufleute und der Menschen der Religionsgemeinde bis 1933 ab, sondern werden auch die Konturen des Holocaust deutlich.